



# ARBEIT SCHAFFT ZUKUNFT

## XIX KONGRESS

### ARBEIT SCHAFFT ZUKUNFT

#### **DIE STRATEGISCHE FUNKTION DES KONGRESSES**

Unser XIX. Kongress findet in einer außerordentlichen und komplexen Zeit statt. In der Tat erleben wir die tiefste Krise seit der Nachkriegszeit und wir sind aufgerufen, uns an Ereignissen zu messen, die unsere Zukunft und die Beziehungen auf dem Planeten bestimmen werden: Pandemien, globale Erwärmung, digitaler, arbeitstechnischer und demografischer Wandel sowie die Rückkehr des Krieges in Europa als Mittel zur Regelung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Menschen und ein neues Wettrüsten.

Es ist eine schwierige historische Phase, in der wir der Komplexität des Moments entsprechende Antworten finden müssen. Die Berücksichtigung aller neuen Elemente muss daher die Aufgabe einer offenen Diskussion über die von uns unterbreiteten Vorschläge und deren Umsetzung in konkrete gewerkschaftliche Maßnahmen sein.

Die CGIL bekräftigt in dieser historischen Passage, auch auf der Grundlage der Bestimmungen unserer Verfassung, ihre Ablehnung jeglicher Form von Krieg und ihr Engagement für Frieden und nachhaltige Entwicklung. Aus diesem Grund halten wir es für absolut vorrangig, den grundlegenden Wert der politischen und wirtschaftlichen Demokratie als Voraussetzung für die Existenz der konföderalen Union, für die bürgerlichen und arbeitsrechtlichen Freiheiten zu bekräftigen.

Die zahlreichen Solidaritäts- und Unterstützungsbekundungen von Gewerkschaften und Verbänden aus aller Welt für unsere Organisation nach dem feigen faschistischen Anschlag vom 9. Oktober 2021 sind ein weiterer Ansporn für ein noch intensiveres Engagement, um unserer Aktion mehr Geschlossenheit zu verleihen, auch im Hinblick auf die bevorstehenden Kongresse des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Angesichts der Komplexität und Dringlichkeit dieser globalen Herausforderungen setzt die CGIL die Arbeit an Allianzen und Überlegungen zur Ausarbeitung von Forderungen und Vorschlägen an europäische und internationale Gewerkschaftsgremien und zur Stärkung einer fortschrittlichen europäischen und globalen Gewerkschaftsagenda fort und stärkt insbesondere das gewerkschaftliche Profil des IGB, um den Peripherien der Welt eine Stimme zu geben und sie zu vertreten, wo abscheuliche Phänomene wie Kinderarbeit, Ausbeutung der Arbeiter, Unmöglichkeit der Einforderung von Rechten, Verfolgung von Gewerkschaftsführern und Unterdrückung der Vereinigungsfreiheit durch autoritäre Regime noch immer bestehen.

Für eine konföderale Gewerkschaft, wie es die CGIL seit 1906 ist, eine positive Besonderheit, die es im europäischen Panorama zu bewahren gilt, besteht der grundlegende Grund für ihre Existenz darin, Frauen und Männer zu Subjekten zu machen, die mit Rechten ausgestattet sind, die sich in ihrem Leben und ihrer Arbeit verwirklichen. Dies geschieht nicht einfach in einer Logik der Gleichheit,

sondern durch die Annahme der Geschlechterdifferenz, mit dem Ziel, sowohl die Arbeitsorganisation als auch die Beziehungen und Beziehungen zwischen den Menschen zu verändern.

Tarifverhandlungen auf allen Ebenen und Solidarität sind die Instrumente, die es den Arbeitnehmern ermöglichen, durch gewerkschaftliches Handeln ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und sich an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation des Landes zu beteiligen, um die gleiche Würde von Arbeit und Unternehmen und echte soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Um all dies zu erreichen, muss die Arbeitswelt in der Lage sein, ihre Kraft zu nutzen, ihre Einheit wiederherzustellen, und zwar durch Demokratie, die Bekräftigung von Rechten und neuen Bedürfnissen, um so eine soziale und politische Kultur aufzubauen, in der der Wert der Arbeit und der Menschen vor dem Markt und dem Profit steht.

Dies war in den letzten Jahren nicht der Fall. Im Namen der Globalisierung wurde die Arbeit so weit abgewertet, dass die Arbeitsplätze immer unsicherer wurden und das Leben der Arbeitnehmer gefährdet ist, der Reichtum hat sich in den Händen einiger weniger konzentriert, die wirtschaftliche und finanzielle Macht der großen multinationalen Unternehmen hat sich gegenüber Politik und Staaten durchgesetzt und damit auch die Demokratie geschwächt.

Die Ungleichheit und die Unterschiede zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern und zwischen den Regionen haben sich vergrößert, die Unsicherheit des Arbeitsplatzes ist zu einer ständigen Realität geworden, so dass man selbst dann arm ist, wenn man arbeitet.

In diesem schwierigen Kontext haben wir unsere Initiative in den vergangenen Jahren durchgeführt. Mit dem Plan für Arbeit, der Charta der Rechte, den Volksabstimmungen, die Gewerkschaft der Straße, den Tarifverhandlungen wollten wir die zentrale Bedeutung der Arbeit, ihrer Qualität und ihrer Rechte bekräftigen. Mitten in der Pandemie haben wir sogar durch die Mobilisierung wichtige Ergebnisse erzielt:

zu den Protokollen über Gesundheit und Sicherheit, die auch das Ergebnis des gemeinsamen Engagements und der grundlegenden Rolle der Delegierten und RLS in den betrieblichen und territorialen Ausschüssen waren; zum Schutz der Einkommen und zum Einfrieren von Entlassungen; zur Erneuerung wichtiger nationaler Verträge mit Lohnerhöhungen, die über der Inflation hinausgehen, und mit wichtigen normativen Errungenschaften; zu den öffentlichen Aufträgen, in denen festgelegt wird, dass die Arbeitnehmer der Subunternehmen denselben wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz genießen wie die Arbeitnehmer der Auftrag gebenden Unternehmen, und zur Wiedereinführung der Sozialklausel;

zu den Protokollen über öffentliche Arbeiten, über Schulen und über die Umsetzung des nationalen Wiederaufbauplans PNRR, von denen insbesondere die letzten beiden umgesetzt werden müssen. Wir haben auch gerichtliche Unternehmens-, Konzern- und Gebietsverfahren zum Schutz der Arbeitnehmer und gegen Standortverlagerungen eingeleitet. Wir haben nicht gezögert, gemeinsam mit der UIL am 16. Dezember letzten Jahres zum Generalstreik zu greifen, als es auf die Fragen der Besteuerung, des Kampfes gegen die Prekarität, der Probleme des Südens, der Industriepolitik und der Renten keine Antworten gab oder wenn doch, dann nicht in die von uns gewünschte Richtung.

Es ist an der Zeit, in die Arbeit und ihre Qualität zu investieren, angefangen bei lebenslangem Lernen, einem Grundrecht, das wir durch unser vertragliches Handeln erlangen müssen, wenn wir nicht die neuen Formen der Ungleichheit, von denen der Ausschluss vom Wissen die diskriminierendste Form darstellt, erleiden wollen.

Aus diesem Grund müssen die Arbeitnehmer das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung der Investitionen, strategische Entscheidungen und Organisationsmodelle von Unternehmen haben. Es ist eine Frage des Nachdenkens über neue Formen der Wirtschaftsdemokratie für einen neuen Protagonismus der Arbeitnehmer

und dafür zu sorgen, dass die Verfassung nicht vor den Toren des Arbeitsplatzes stehen bleibt.

Wir wollen nicht verschweigen, dass die Gewerkschaft trotz der erzielten Ergebnisse und der vielen positiven Erfahrungen, noch offensichtliche Schwierigkeit hat. Deshalb haben wir auf der

Organisationsversammlung in Rimini beschlossen, unsere organisatorische Arbeitsweise zu ändern, in die Digitalisierung und in die Kommunikation zu investieren, ebenso in einen außerordentlichen Plan für Weiterbildung, unsere Vertretungsfähigkeit am Arbeitsplatz und im Gebiet und in den Produktionsketten zu erweitern und neu zu überdenken, Demokratie und Beteiligung auszuweiten, neue Inhalte des vertraglichen Handelns aufzuzeigen und den Menschen nicht nur in der Ausübung seiner Arbeit, sondern auch in seiner gesamten sozialen Lage während seines Lebens zu betrachten. Es ist nun Aufgabe des Kongresses, die notwendigen Änderungen umzusetzen.

## **DIE KOMPLEXITÄT DER KRISE**

Wir befinden uns mitten in einer Systemkrise, die das gesamte Gefüge der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen betrifft und das Gleichgewicht und die Koexistenz zwischen Mensch und Natur gefährdet.

Ein Bild, das noch dadurch erschwert wird, dass alle politischen Kräfte Schwierigkeiten haben, die Forderungen der Arbeitswelt zu repräsentieren und somit ein glaubwürdiges Projekt für Veränderungen darstellen. Der Wandel muss auf drei Eckpfeilern beruhen:

- Vollbeschäftigung,
- Freiheit am Arbeitsplatz, verstanden als Wiedererlangung der Kontrolle der eigenen Arbeitsbedingungen, was die eigentliche Achse des Kampfes gegen die Prekarität
- ein neuer öffentlicher und universalistischer Wohlfahrtsstaat.

Auch aus diesen Gründen hat sich in allen europäischen Ländern eine nationalistische und fremdenfeindliche Rechte herausgebildet. Die Präsenz nationalistischer und neofaschistischer Kulturen und Kräfte beeinträchtigt die demokratische Beteiligung und die Arbeitswelt und schlägt ein Gesellschaftsmodell vor, das nicht mit unseren Werten vereinbar ist. Die Gewerkschaft ist ein vorrangiges Angriffsziel dieser Bewegungen

## **KRIEG, EUROPA, DIE NEUE WELTORDNUNG**

Ein neuer dramatischer Konflikt spielt sich im Herzen Europas ab. Die Verantwortung für diesen Krieg liegt bei Russland mit seiner ungerechtfertigten und inakzeptablen Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren und damit das Völkerrecht, die Autonomie und die Selbstbestimmung eines Volkes und eines Landes schwer zu verletzen. Um dieses Recht zu verteidigen, unterstützen wir die ukrainische Bevölkerung mit humanitärer Hilfe und Schutzprojekten. Der Grad der Konfrontation nimmt immer mehr zu, und der Krieg verändert die geopolitische Ordnung der Welt, wobei auch die Abschreckung als Instrument des Gleichgewichts zwischen Mächten mit Atomwaffenarsenalen und der Verhinderung potenziell zerstörerischer Konflikte in Frage gestellt wird. Obwohl Russland weiß, dass es in der Welt Mächte mit Atomwaffenarsenalen gibt, zögerte es nicht, einen Krieg mit unvorhersehbarem Ausgang zu beginnen.

Die Logik der Militärblöcke kehrt zurück, die Neutralität und Blockfreiheit Schwedens und Finnlands gibt es nicht mehr.

Russland hat mit seiner Invasion in der Ukraine gezeigt, es wolle den Kurs und die Werte der Politik ändern, indem es den "Universalismus der Rechte" durch einen neuen "Pluralismus der Werte" ersetzt, um - als Alternative zur Vermittlung unterschiedlicher Interessen - das Prinzip der Machtverhältnisse und den konsequenten Einsatz bewaffneter Konflikte als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten durchzusetzen.

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine muss und Verhandlungen begonnen werden. Heute ist der Atomkrieg eine reale Bedrohung für das Überleben der Menschheit.

Es ist an der Zeit, den Appell von Einstein und Russel aus dem Jahr 1955 aufzugreifen, der von Gino Strada mit der Vereinigung Emergency weitergeführt und kürzlich von Papst Franziskus aufgegriffen wurde, der alle Regierungen der Welt auffordert, auf Krieg zu verzichten und "friedliche Mittel zur Lösung aller Streitigkeiten zu finden". Auch aus diesem Grund sind wir gegen die Aufrüstungspolitik.

Der anhaltende Konflikt wirkt sich unweigerlich auf China aus. Chinas Öffnung gegenüber Russland war als Antwort auf die Absichten der USA gedacht, das Land zu isolieren und seine hegemonialen Möglichkeiten einzuschränken. Darüber hinaus könnte Russland ein wichtiger Lieferant von Rohstoffen sein. Der aktuelle Konflikt untergräbt diese Annahmen. Darüber hinaus bremst die Covid-19-Epidemie den Warenverkehr und die Wirtschaft insgesamt. Eine weitere Krise, die zu einem bereits ernsten Bild beiträgt.

Europa muss seine eigene Vision unabhängig entwickeln, denn dieser Krieg findet auf unserem Territorium statt. Die Europäische Union muss sich eine Außenpolitik und folglich eine gemeinsame Verteidigungspolitik geben, die auf dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit beruht und auf den Zielen der Konferenz von Helsinki für ein Europa des Friedens aufbaut. Die politische Existenz der EU steht auf dem Spiel. Im Gegensatz zu Polen und den baltischen Ländern fordern Frankreich, Spanien, Deutschland und Italien eine politische Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungsweg, da sie sich der wirtschaftlichen und sozialen Untragbarkeit seiner Folgen bewusst sind. Es ist daher notwendig, die Politik wieder in Gang zu setzen, um einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, eine notwendige Voraussetzung für eine internationale Friedenskonferenz, wie sie von Präsident Mattarella vorgeschlagen wurde.

Der Multilateralismus ist der einzig mögliche Weg, und es ist ein geeintes, autonomes soziales Europa, das ihn aufbauen und bekräftigen kann. In diesem Sinne wollen wir den gewerkschaftlichen Bündnisrahmen zur gemeinsamen Sicherheit stärken, um uns international und auf europäischer Ebene für Abrüstung und die Wiederherstellung von Rüstungskontrollverträgen einzusetzen.

Arbeitnehmer und Rentner gehören zu denjenigen, die am meisten unter den Folgen von Kriegen leiden. Ihre Rechte und die demokratischen Möglichkeiten, ihre Lebensbedingungen zu ändern und zu verbessern, werden beeinträchtigt. Konflikte schüren auch den Nationalismus, bringen die Arbeitnehmer gegeneinander auf und untergraben den Grundsatz der Solidarität. Wir werden das Engagement der CGIL zur Unterstützung demokratischer und repräsentativer Gewerkschaften in der ganzen Welt verstärken und die internationale Solidarität gegen Angriffe auf Demokratie und Rechte fördern. Wir werden uns weiterhin für einen gerechten Frieden in Israel-Palästina einsetzen und die Anwendung des Völkerrechts fordern.

Die Gewerkschaften in Europa haben eine große Aufgabe zu erfüllen und sind aufgerufen, die Voraussetzungen für eine neue Einheit der Arbeitswelt zu schaffen und eine neue Qualität der Entwicklung zu bekräftigen, die auf Frieden, Zusammenarbeit zwischen den Völkern, Qualität der Arbeit und der Produktion sowie einem Sozialsystem beruht, das in der Lage ist, den Wohlstand zu garantieren.

## **DIE NEUE WELTORDNUNG ZWISCHEN PANDEMIE UND KRIEG**

Wir stehen vor dem Zusammenbruch eines Systems, auf dem die Weltordnung fragil aufgebaut ist. Wie kann die Arbeitswelt mit den internationalen Geschehnissen umgehen? Wie können Arbeitnehmer global für ein gemeinsames Projekt zusammenarbeiten?

In diesen Punkten müssen wir anspruchsvoll sein und eine internationale Initiative aufbauen, die auf diese Bedürfnisse eingeht und den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen und Männer entspricht. Angesichts der Komplexität und Dringlichkeit dieser globalen Herausforderungen setzt die CGIL die Arbeit der Allianzen und Überlegungen zur Ausarbeitung von Forderungen und Vorschlägen an die europäischen und internationalen Gewerkschaftsinstanzen und zur Stärkung einer fortschrittlichen europäischen und globalen Gewerkschaftsagenda fort, um insbesondere das gewerkschaftliche Profil der GUS wiederherzustellen und den Peripherien der Welt, in denen unerträgliche Phänomene wie Schwarzarbeit, ausgebeutete Arbeiter, Rechtlosigkeit, die Verfolgung von Gewerkschaftsführern und die Unterdrückung der Vereinigungsfreiheit durch autoritäre Regime fortbestehen, eine Stimme und eine Vertretung zu geben.

Der internationale Kontext, in dem wir uns befinden, ist hinlänglich bekannt. Die exponentielle Zunahme der Unsicherheit drückt den Verbrauch und die Investitionen mit schwerwiegenden Auswirkungen auf das BIP und die Beschäftigung. Es wird mit einem erheblichen Rückgang der

Wachstumsraten, wenn nicht sogar mit einer Rezession gerechnet. Viele Daten deuten darauf hin, dass die Inflation bis 2022 über 6 % bleiben wird, was sich sehr stark auf die Kaufkraft der Löhne und Renten auswirken wird. Die Störung des internationalen Handels, die zunehmenden Spannungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten und die bereits durch die Pandemie entstandenen Probleme destabilisieren die globalen Wertschöpfungsketten und gefährden ganze industrielle Lieferketten. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass der Rückgang der Exporte und -importe zu einer sehr ernsten Nahrungsmittelkrise führt, von der besonders Länder betroffen sein werden, die sich bereits in Schwierigkeiten befinden, wie die Länder des afrikanischen Kontinents. Die Krise in Afghanistan und vor allem die Ankunft von inzwischen fast 5 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine haben die Widersprüche in der Migrationspolitik der Regierungen, insbesondere der Europäischen Union, noch deutlicher gemacht. Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl ist ein ausdrücklicher Versuch, das Recht auf Asyl zu streichen und Einwanderung und Solidarität zu kriminalisieren. Die CGIL lehnt die Praktiken der Zurückweisung und der Auffanglager sowie die Schließung von Häfen und Grenzen ab, die die sicherheitspolitische Vision der Europäischen Union kennzeichnen. Wir fordern, dass das Memorandum zwischen Italien und Libyen bei Ablauf der nächsten Frist nicht erneut bestätigt wird. Wir wollen ein Europa, das zu einer echten Integrationspolitik fähig ist.

In diesem Sinne bekräftigt die CGIL ihr Engagement für die Ratifizierung, Förderung und Überwachung - insbesondere in den Entwicklungsländern - der von der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegten internationalen Arbeitsnormen sowie für die Annahme von Normen für neue Arbeitsformen. Dies gilt auch für eine neue Staffel von Handelsabkommen, insbesondere mit afrikanischen Ländern, die auf der Verwirklichung der Ziele der UN-Agenda beruhen 2030 abzielen und die Klimaziele und die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte, beginnend mit der Beteiligung der Sozialpartner an deren Überwachung beinhalten. In diesem Sinne werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu fordern, um diese Ziele zu erreichen.

Die CGIL ist der Ansicht, dass eine tiefgreifende Überarbeitung der europäischen Verträge keinen Aufschub duldet, wie in den Schlussfolgerungen der Konferenz über die Zukunft Europas und in dem von der CGIL, der CISL und der UIL zur Vorbereitung der Konferenz ausgearbeiteten gemeinsamen Dokument nachdrücklich betont wird: Es ist notwendig, dem Europäischen Parlament Gesetzgebungsbefugnisse zu übertragen, den auf Einstimmigkeit beruhenden Entscheidungsmechanismus zu überwinden und die Zuständigkeitsbereiche der EU-Institutionen über die derzeitigen hinaus zu erweitern.

Eine Reform der institutionellen Architektur kann nicht von einer Überarbeitung der wirtschaftspolitischen Steuerung getrennt werden, die mit der Überwindung des Fiskalpakts und des Stabilitäts- und Wachstumspakts beginnt und die Verträge durch ein Protokoll für den sozialen Fortschritt ergänzt, das den Vorrang der sozialen Rechte vor den wirtschaftlichen Freiheiten festschreibt. Es sind einheitliche steuerliche Regeln erforderlich, Steueroasen müssen beseitigt werden und der europäische Haushalt muss durch eine beträchtliche Aufstockung der Eigenmittel gestärkt werden. Darüber hinaus müssen nach der Verabschiedung des Konjunkturprogramms (Next Generation EU) Finanzinstrumente für die Vergemeinschaftung von Schulden (Eurobonds) als Risikoteilung und unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen geschaffen werden, um die europäische Industriepolitik in strategischen Sektoren zu unterstützen, wie z. B. die auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichteten digitalen Technologien und die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen. Denkbar wäre zum Beispiel ein Instrument nach dem Vorbild des PNRR, etwa ein neuer Aufschwung, der die Prozesse zur Dekarbonisierung beschleunigt und Investitionen in die industrielle Umstellung und in erneuerbare Energien fördert.

Die CGIL setzt sich dafür ein, die Vorschläge für Gesetzesinitiativen auf europäischer Ebene zu Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen, Plattformarbeit, Lohntransparenz und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu verbessern und die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte zu erreichen.

## **DIE GEWERKSCHAFT UND DAS POLITISCHE SYSTEM**

Seit einiger Zeit gibt es eine Krise der Repräsentation und der demokratischen Teilnahme in Italien, da sich die Wege der Politik und der sozialen Sphäre getrennt haben und eine Beziehung noch nicht wiederhergestellt wurde.

Wir erleben einen tiefgreifenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandel in den Beziehungen zwischen den Menschen, der Werte und Identitäten in Frage stellt.

Dies ist eine Frage, die auch die Gewerkschaft betrifft. Aus diesem Grund sind Demokratie, Vertretung, Vertragsverhandlungen der Mittelpunkt unserer Initiativen, aufbauend auf die Rolle der Delegierten, der Aktivisten und der SPI-Ortsgruppen.

In der Politik gibt es eine Krise, die das Vertrauen, die Identität und die Bedeutung der Worte selbst in Frage stellt und die in ihrer ganzen Tiefe angegangen werden muss. So steht das Wort "links" nicht mehr für die Zentralität der Arbeit.

Dies hat dazu beigetragen, dass sich die soziale Zusammensetzung der linken Kräfte verändert hat, wodurch der gesamte Bereich der alten und neuen Armut und der alten und neuen Formen der Ausbeutung nicht mehr abgedeckt wurde.

In diesem Zusammenhang haben die Impulse des Populismus an Kraft gewonnen, weil es eine immer größere soziale Realität ohne eigene Stimme und ohne Vertretung gibt.

Wir sind der Überzeugung, dass insgesamt gerade in der großen Frage der Arbeit der größte Bruch zwischen der sozialen Vertretung und der politischen Vertretung stattgefunden hat. Auf diese Weise wurde die Zentralität und Kultur der Arbeit aufgehoben und sie wurde nicht mehr als kollektives Subjekt betrachtet. Die Krise der Arbeit ist die Krise der Linken. Zudem hat sich der alternative Charakter der Programme zwischen den verschiedenen Lagern abgeschwächt. Und das hat sich bei vielen Themen und unter verschiedenen Umständen gezeigt: zum Beispiel bei der Prekarität der Arbeit, bei der Rentenreform, die immer noch auf allen Schultern lastet, und in jüngerer Vergangenheit bei den steuerlichen Maßnahmen.

Die Politik muss eine entscheidende Rolle behalten und wieder die Kultur der Arbeit und die materiellen Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Die Überwindung der bestehenden sozialen Kluft und die Wiederherstellung von Repräsentation und Partizipation sind eine wesentliche Grundlage für die Wiederbelebung der Demokratie und der politischen Parteien selbst.

Wir wollen die Wiedervereinigung der Arbeitswelt anstreben, die eine unabdingbare Voraussetzung für die Bejahung einer neuen politischen Kultur ist, die auf der zentralen Bedeutung der Freiheit der Arbeit und ihrer Rechte sowie auf der Fähigkeit beruht, sie am Arbeitsplatz und in dem Gebiet, in dem man lebt, umzusetzen. Unser Ziel/Horizont kann nicht die Opposition oder die Regierungsgewerkschaften sein. Wir sind der Meinung, dass es die Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen ist, in völliger Autonomie eine Einflussnahme auf das politische System als Ganzes ohne privilegierte Beziehungen und ohne Kollateralismus zu entwickeln.

Die Gewerkschaften haben heute mehr als in der Vergangenheit die Verantwortung, die Massenbeteiligung am demokratischen Leben am Arbeitsplatz und im Land zu fördern, indem sie sich das Ziel der vollständigen Anwendung der Grundsätze und Werte unserer Verfassung zu eigen machen.

Die CGIL will eine demokratische, pluralistische und einheitliche Gewerkschaft von Arbeitnehmern und Rentnern sein, die mit Unternehmen, der Regierung und Institutionen Abkommen aushandeln und umsetzen will.

Autonomie ist nicht Selbstgenügsamkeit, sondern die Voraussetzung dafür, dass mit gleicher Würde gegenüber den Gesprächspartnern, eine Rolle der Umgestaltung der Gesellschaft eingefordert und ausgeübt werden kann, im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit und Freiheit im Alltag und bei der Arbeit.

Konföderalität bedeutet auch, ein gewerkschaftliches Subjekt zu schaffen, das auf Umgestaltung basiert, auf die Bedürfnisse und Interessen jener, die es vertritt und nicht auf einer Logik des Tausches mit der Politik und der Unternehmenseite.

## **EIN NEUES GEWERKSCHAFTLICHES EINHEITSMODELL**

In Italien, in Europa, in der Welt gibt es verschiedene Gewerkschaftsmodelle, und es ist eine Diskussion über die Rolle und die Funktion von Verhandlungen und die Beteiligung der Arbeitnehmer im Gange, da die Existenz der Gewerkschaften selbst auf dem Spiel steht.

In diesen Jahren der Globalisierung der Märkte und des Finanzwesens hat sich im internationalen Kapitalismus die Tendenz durchgesetzt, die Arbeitszyklen und die Dienstleistungen zu destrukturieren, der Arbeit jegliche Subjektivität zu nehmen, nicht nur in Bezug auf die Rechte, sondern bis hin zur Reduzierung der Arbeit auf eine reine Ware, die nicht mehr ein wesentliches und zentrales Element der Gesellschaft ist.

Die Pandemie, die digitale Revolution, die Umweltkrise und das demografische Wachstum haben die Grenzen und Widersprüche dieses Modells beschleunigt und offengelegt, die schädlichsten und abscheulichsten Aspekte dieses Globalisierungsprozesses werden zum Gegenstand von Diskussionen und Besorgnis nicht nur in der Arbeitswelt. Die Konzentration des Reichtums und der Macht (Finanzwelt, multinationale Unternehmen) haben zu einem Anstieg der Ungleichheiten und einer Krise der Demokratie geführt.

Mit diesem Kongress wollen wir einen Vorschlag für ein Gewerkschaftsmodell vorlegen, um eine neue Phase der Einheit in der Welt der Arbeit und der Gewerkschaften und eine neue Verhandlungsfähigkeit einzuleiten.

Es ist keine Routinediskussion, die wir CISL und UIL vorschlagen, denn wir sind der Meinung, dass eine Trendwende notwendig ist

In einer Arbeitswelt, die ihre Homogenität verloren hat, müssen Vertretung und Tarifverhandlungen neu überdacht werden, um das Wissen um die Arbeitsorganisation wiederzuerlangen und die Vertretung auf alle Arbeitsformen auszuweiten, wobei auch neue solidarische Formen zur Anwendung kommen können und die vertragliche Bilateralität unterstrichen wird.

Eine Gewerkschaft also, die in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verankert ist, um im Zeitalter der Digitalisierung Verhandlungen über alle Aspekte der Arbeitsleistung zu erreichen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist stark, wenn sie demokratisch und repräsentativ ist, und nicht nur, wenn sie von der Regierung und den Vertragspartnern legitimiert wird.

Die neuen so genannten "schlanken" Produktionsformen, der Niedergang der Großfabrik als Organisationsmodell der industriellen Produktion, die Zunahme von Tätigkeiten und Dienstleistungen mit qualitativ unzureichenden Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen haben sich stark auf die Quantität und Qualität der Beschäftigung ausgewirkt.

Darüber hinaus hat die Kette von Verträgen, Unterverträgen und Auslagerungen, an denen auch der öffentliche Sektor in großem Umfang beteiligt ist, zu Ungleichheiten bei Einkommen und Rechten geführt. Kommunikations- und Informationstechnologien würden theoretisch eine weniger repetitive und hierarchische, offenere Arbeitsorganisation ermöglichen, bei der die eigene Intelligenz und Kreativität des Arbeitnehmers im Mittelpunkt stehen. Dies ist heute nicht der Fall. Im so genannten modernen Unternehmen herrscht nach wie vor eine Management- und Organisationslogik der "Schließung" der Räume von Demokratie und Freiheit vor. Zwischen der Freiheit des Individuums, des Bürgers, und dem Recht auf Eigentum besteht ein grundlegender, nie überwundener Widerspruch, der den arbeitenden Männern und Frauen das Recht verweigert, sich auch bei der Arbeit zu verwirklichen, ihre Unabhängigkeit zu erreichen und an den Entscheidungen, die am Arbeitsplatz getroffen werden, teilzuhaben. Dies setzt voraus, dass durch Verhandlungen Räume der Mitbestimmung gewonnen werden, die auf dem Recht auf Vorabinformation und dem Vorschlagsrecht, auf dem Recht auf Wissen und Ausbildung, auf berufliche Aufstiegsmobilität, auf Chancengleichheit zwischen Subjekten und Geschlechtern basieren. Dies ist der Weg einer ausgehandelten Beteiligung in der Planungsphase von Veränderungen und strategischen Entscheidungen.

Wir schlagen eine Vorstellung vom Unternehmen als einem System vor, in dem alle Akteure aktiv sein können. In dem wir das Modell der alleinigen und ausschließlichen Befehlsgewalt überwinden, in dem die Gewerkschaft nur dann zulässig ist, wenn sie von vornherein untergeordnet und kooperativ ist und die Ziele des Unternehmens kritiklos übernimmt.

Aus diesem Grund macht die Gegenüberstellung der "konfliktorientierten Gewerkschaft" und der "partizipativen Vereinigung" als zwei gegensätzliche Modelle absolut keinen Sinn, denn diese beiden Momente sind immer notwendigerweise miteinander verwoben und das eine verweist auf das andere zurück. Ihr Gleichgewicht kann sich von Zeit zu Zeit ändern, je nach konkreter Situation, den Entscheidungen der Akteure vor Ort und den Machtverhältnissen. Der entscheidende Punkt in den Arbeitsbeziehungen ist, ob wir anerkennen, dass das Unternehmen ein komplexes soziales System ist, in dem verschiedene Standpunkte, verschiedene Subjekte nebeneinander bestehen, und ob wir daher einen Verhandlungsraum eröffnen können, der es ermöglicht, einen Punkt des Gleichgewichts zu definieren. Unsere Wurzeln und Erfahrungen als konföderale Gewerkschaft erlauben es uns, ein Gewerkschafts- und Arbeitsbeziehungsmodell aufzuzeigen, das auf Vertretung, Demokratie und Tarifverhandlungen basiert.

Wir schlagen vor, eine Saison genereller Wahlen zu eröffnen und in Unternehmen mit weniger als 15 Beschäftigten mit Formen der Vertretung zu experimentieren, die von den betroffenen Arbeitnehmern auf Gebiets-, Bezirks- oder Basisebene gewählt werden. Außerdem können zum Zweck der Ausweitung der Konföderalität in den Bezirken versuchsweise einheitliche Koordinierungen der Delegierten geschaffen werden.

Die Demokratie ist die Voraussetzung für eine neue und echte gewerkschaftliche Einheit. Wir denken nicht an eine Einheitsgewerkschaft.

Wir denken an eine demokratische, autonome und pluralistische Gewerkschaft, die den Mitgliedern der Gewerkschaftsorganisationen und allen Arbeitnehmern das Recht garantiert, die sie betreffenden Gewerkschaftsplattformen und -vereinbarungen per Abstimmung zu bestätigen: auf betrieblicher, konzernweiter, territorialer und nationaler Ebene.

Es ist an der Zeit, den Schutz und die Rechte aller Arbeitsformen in den nationalen Arbeitsverträgen zu vereinen und Vorschläge zu erarbeiten, die zu einer Verringerung der Zahl der Verträge und ihrer Vereinheitlichung führen und damit auch das Vertragsdumping verringern. Im Geiste der bisherigen interkonföderalen Vereinbarungen und Übereinkommen halten wir eine gesetzliche Maßnahme zur Unterstützung der Tarifverhandlungen, des Rechts der Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften zu wählen und über die sie betreffenden Vereinbarungen abzustimmen, für erforderlich, die sowohl den wirtschaftlichen als auch den normativen Aspekten der nationalen Tarifverträge erga omnes Geltung verschafft und die Vertretung der Parteien, die sie abschließen, bestätigt.

Für die CGIL bleibt die Konzertierung im Hinblick auf die Beziehungen mit der Regierung und dem Unternehmenssystem eine wichtige Methode, die gemeinsame Ziele voraussetzt und nicht das Ende der gewerkschaftlichen Aktion bedeutet. Wir sehen heute nicht die Bedingungen für einen allgemeinen Sozialpakt und eine nicht genauer definierte Konzertierung. Es ist an der Zeit, die einheitliche Mobilisierung zur Unterstützung der Plattformen fortzusetzen, die gemeinsam mit der CISL und der UIL aufgebaut wurden, um Vereinbarungen mit der Regierung und den Vertragspartnern zu erreichen, die die Prekarität überwinden und stabile Arbeit schaffen, die uns aus einer echten Lohnpandemie herausführen; für eine echte Steuer- und Sozialreform, für eine neue Energie-, Industrie- und Entwicklungspolitik.

## **DIE ERLÖSUNG DER ARBEIT FÜR DEN WIEDERAUFBAU ITALIENS**

Dieser Kongress muss die Ausarbeitung und das Nachdenken mit konkreten gewerkschaftlichen Aktionen am Arbeitsplatz, in der Region und im Land verbinden.

Im zweiten Teil dieses Dokuments werden wir Themen skizzieren, die das vervollständigen, was die CGIL als grundlegend für die nächsten vier Jahre ansieht, und die Vorschläge und Ziele im Einzelnen darlegen, um deren Erörterung und Festlegung wir den Kongress bitten.



Die Neuheit, die wir dem Kongress vorschlagen, besteht darin, gleichzeitig vorrangige Aktionen zu definieren, zu denen wir die Fachgewerkschaften und Arbeiterkammern verpflichten, um offene Auseinandersetzungen zu führen, Mobilisierungsinitiativen aufzubauen, die unsere Diskussion in der Beziehung zu den Delegierten und Delegierten, den Aktivisten, der SPI-Ortsgruppen, auch in Anwendung der Beschlüsse unserer Organisationsversammlung, begleiten.

Die Auswirkungen der Pandemie und jetzt des Krieges in der Ukraine haben bereits zu einer wahren sozialen Notsituation in Italien geführt.

Die Daten über die Beschäftigung von Frauen, Jugendlichen und in Süditalien sind in ihrer Rohheit eine Anprangerung der sozialen Notlage, in der wir uns befinden.

Im Jahr 2021 liegt die Beschäftigungsquote der Frauen bei 49,4 %, die der jungen Frauen (15-24 Jahre) bei

13,5 Prozent, in der Gruppe der 15- bis 34-Jährigen sind es 34,8 Prozent; 44,6 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren sind nicht erwerbstätig. In den letzten Jahren hat auch in Italien die unfreiwillige Teilzeitarbeit zugenommen, von der fast 3 Millionen Menschen (davon mehr als  $\frac{2}{3}$  Frauen) betroffen sind und deren Quote zu den höchsten in der Europäischen Union gehört (62,8 % im Jahr 2021).

In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen liegt die Beschäftigungsquote bei nur 17,5 % und die Nichterwerbsquote bei 75,1 %, während in der Altersgruppe der 15- bis 34-Jährigen die Beschäftigungsquote bei 41 % und die Nichterwerbsquote bei 50,1 % liegt.

In Süditalien sind all diese Indikatoren nochmal geringer. Hier konzentrieren sich die meisten jungen Menschen, die ihre Arbeits- und Ausbildungssuche aufgegeben haben, und diejenigen, die sich entschließen, das Land zu verlassen.

Darüber hinaus zeigen die Daten zum wirtschaftlichen Aufschwung während der Abschwächungsphase der Pandemie, dass der Anstieg der Beschäftigung 2020 vor allem befristete Arbeitsverhältnisse betrifft und zwar mit mehr als 90 Prozent. Im März 2022 wurde der höchste Stand an prekärer Beschäftigung seit 1977 (fast 3,2 Millionen Menschen) erreicht.

Viele Daten sagen uns, dass die Löhne in unserem Land einen echten Einbruch erleiden: 2020 gehen sie in der EU im Vergleich zu 2019 um -2% zurück, während sie in Italien um 7,3% sinkt. 2021 hingegen hat sich das Niveau der Löhne in Italien von 2019 noch nicht erholt (-0,1%), während in der EU ein deutlicher Anstieg von 3,7% zu verzeichnen ist. Dies führt zu einem drastischen Rückgang der Binnennachfrage.

Steigende Preise für grundlegende Güter und Dienstleistungen werden an die unteren Einkommen weitergegeben, wodurch die Gefahr besteht, dass die Ungleichheit zunimmt und die Armut wächst.

Industriepolitische Maßnahmen in strategischen Sektoren, die für die Zukunft des Landes entscheidend sind, werden seit einiger Zeit nicht mehr durchgeführt. In Ermangelung einer strukturierten Debatte mit den Gewerkschaften waren die bisherigen Entscheidungen und Inhalte der Regierung in den Bereichen Löhne, Steuern, Bekämpfung der Prekarität, Industriepolitik und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen nicht in der Lage, auf eine zunehmend reale soziale Notlage zu reagieren.

## ***5 PRIORITÄRE AKTIONSFELDER***

Wir vorschlagen 5 prioritären Aktionen, um den Arbeitnehmern, Rentnern und Frauen, die unter einer starken Verschlechterung ihrer materiellen Bedingungen leiden, angemessene Antworten zu geben.

### ***ANHEBUNG DER LÖHNE UND REFORM DER BESTEUERUNG***

Der Schutz und das Wachstum der Löhne ist ein Ziel, das bei der Erneuerung der Tarifverträge verfolgt werden muss. Nationale Tarifverträge mit angemessenen Erhöhungen, die über die Inflation hinausgehen. Wie auch bei den Tarifverhandlungen der zweiten Verhandlungsebene, indem sie sich mit allen Aspekten befasst, die den Inhalt der Arbeitsleistung betreffen.

Nachdrückliche Forderung an die Regierung, Maßnahmen im Bereich der Steuerpolitik zu ergreifen, um die Nettolöhne und -renten zu erhöhen und eine echte Steuerreform durchzuführen, wie sie in der CGIL-CISL-UIL-Plattform gefordert wird.

Darüber hinaus ist es an der Zeit, von der Regierung eine gesetzgeberische Maßnahme zu fordern, die den nationalen Verträgen, die von den repräsentativsten Gewerkschaftsorganisationen unterzeichnet werden, einen "erga omnes"-Wert zuweist und in der die Vertretung aller Sozialpartner gemessen wird.

Der Mindestlohn, über den mit der Regierung diskutiert werden kann und der sich auf die in den nationalen Verträgen festgelegte allgemeine wirtschaftliche Behandlung stützt, ist ein nützliches und positives Instrument zur Überwindung schlechter Arbeit und niedriger Löhne.

### ***BEENDIGUNG DES PREKARIATS UND VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEITEN***

Wir wollen der Prekarität ein Ende setzen, die vor allem junge Menschen, Frauen und den Süden benachteiligt und die heute allzu oft mit der Situation von Migranten gleichgesetzt wird.

- Wir wollen dies erreichen, indem wir Streitfragen in öffentlichen und privaten Betrieben eröffnen, in denen wir Stabilisierungswege für Arbeitnehmer mit prekären Arbeitsverhältnissen fordern;
- indem wir von der Regierung eine neue Gesetzgebung fordern, die über das Beschäftigungsgesetz hinausgeht, für ein neues Statut der Rechte für die gesamte Arbeitswelt, das die Gewährung öffentlicher Mittel und Erleichterungen für Unternehmen von der Stabilität der Beschäftigung abhängig macht.
- Wir müssen in den nationalen Verträgen die Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Beschäftigung und der Arbeits- und Lebenszeiten fordern und gleichzeitig eine kohärente und konsequente betriebliche Tarifpolitik entwickeln.
- Förderung einer gesetzgeberischen Maßnahme zur Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit, für neue stabile Arbeitsplätze, für das Recht auf lebenslanges Lernen, um so vertragliche Maßnahmen durch gesetzgeberische Maßnahmen zu unterstützen.

### ***DER FADEN DER LEGALITÄT UND DER SICHERHEIT AM ARBEITSPLATZ***

In den letzten Jahren haben Verträge, die Vergabe von Arbeitsaufträgen an Subunternehmen, Outsourcing, erhöhte Arbeitsrhythmen und Arbeitsbelastungen zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und infolgedessen zu einem Anstieg von Todesfällen und Unfällen geführt.

Der Kampf für Rechtmäßigkeit und Sicherheit am Arbeitsplatz bedeutet:

- Bündelung und Verknüpfung aller territorialen und kategorialen Aktivitäten gegen Mafia, Caporalato, Schwarz- und Schwarzarbeit und die Unterwanderung der gesunden Wirtschaft der Gebiete durch die Mafia mit einer großen nationalen Initiative
- dafür kämpfen, dass die Einhaltung und Anwendung der nationalen Verträge und Sozialklauseln auf das gesamte System der privaten Verträge und Unterverträge ausgedehnt wird.
- Prävention, Ausbildung, Gesundheit und Sicherheit als zentrale und vorrangige Themen gewerkschaftlichen Handelns anzustreben.

### ***NEUER WOHLFAHRTSSTAAT***

Wir müssen die Zeit der linearen Kürzungen beenden und in ein erneuertes öffentliches System des sozialen Schutzes investieren.

Es ist an der Zeit, eine Diskussion der gesamten konföderalen Gewerkschaft zu führen, die neue Investitionen und nicht-prekäre Beschäftigung fordert, die darauf abzielen, folgende Aspekte als unverzichtbare Punkte eines neuen universellen Wohlfahrtsstaates zu verwirklichen:

- Zentralität des öffentlichen und universalistischen Gesundheitswesens;
- universelles Recht auf Ausbildung und Wissen;

- nationales Gesetz für Pflegebedürftigkeit, aktive Alterspolitik;
- integrative Politik für Menschen mit Behinderungen;
- volle soziale und arbeitsrechtliche Integration für Migranten.

Die von der "Fornero-Reform" übernommene Struktur hat ein starres, unsolidarisches System geschaffen. Aus diesem Grund müssen die in der einheitlichen Plattform von CGIL CISL UIL enthaltenen Vorschläge, die auf eine radikale Änderung des derzeitigen Rentensystems abzielen, weiterverfolgt werden. Es geht um den Wiederaufbau eines öffentlichen, solidarischen und gerechten Rentensystems, das die Generationen und die unterschiedlichen Arbeitstypen vereint.

### ***ENTWICKLUNGSPOLITIK UND NEUE ÖFFENTLICHE INTERVENTIONEN***

Die industrielle Zukunft unseres Landes steht auf dem Spiel, und damit auch die Quantität und Qualität der Arbeit und unserer Gesellschaft.

Der Kongress ist daher aufgerufen, ausgehend von den Fachgewerkschaften in den Bereichen Industrie und Dienstleistungen zu diskutieren, wie die folgenden Ziele durch gemeinsame und allgemeine Initiativen und Mobilisierungen erreicht werden können.

Die großen Übergänge - ökologisch, technologisch, demografisch - erfordern einen tiefgreifenden Wandel der wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien sowie der öffentlichen und privaten Investitionen. Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel und nachhaltige Mobilität, in materielle und immaterielle Infrastrukturen, in erneuerbare Energien, in den ökologischen Landbau, in die Boden- und Stadterneuerung, in Kultur und Tourismus, in die Logistik. Dies ist entscheidend, um die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd zu überwinden. Italien wird seine Schwächen und seine Krise nicht überwinden, wenn es das weit verbreitete Unbehagen im Süden nicht mit Investitionen, neuen industrie-politischen Maßnahmen und hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen angeht. Um die territorialen und entwicklungspolitischen Rückstände auszugleichen, müssen die großen städtischen Randgebiete, die Gebiete im Landesinneren und die vom Erdbeben betroffenen Gebiete saniert und wiederhergestellt werden.

Tarifverhandlungen für Entwicklung sind das Instrument, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen auszuhandeln und die Bedürfnisse der heutigen und künftigen Generationen zu berücksichtigen.

Digitale Technologien können eine andere Arbeitsorganisation ermöglichen, die auf der Autonomie, dem Protagonismus und der Intelligenz der Arbeitnehmer beruht. Wenn sie allerdings nur von der Logik des Profits angetrieben werden, bringen sie neue negative Aspekte hervor: Monotonie und Verflachung der Aufgaben, prekäre Arbeit, größere Kontrolle über die Arbeits- und Lebenszeit. Der technologische Wandel ist ein wichtiges Feld für gewerkschaftliche Initiativen. Die Aushandlung des Algorithmus, der nicht neutral ist, ist die Voraussetzung für die Ausrichtung der digitalen Innovation auf die Qualität der Arbeit und soziale Ziele.

Es ist daher an der Zeit, die Wirtschafts-, Sozial- und Industriepolitik des Landes zu ändern. Dazu bedarf es einer neuen und maßgeblichen öffentlichen Intervention. Aus diesem Grund schlagen wir die Einrichtung einer Entwicklungsagentur vor, die, ausgehend vom Süden und dem Ziel der Überwindung territorialer Unterschiede, Prioritäten festlegt, Produktionsketten aufbaut und dazu beiträgt, neue Möglichkeiten für öffentliche und private Investitionen in strategischen Sektoren für die Zukunft des Landes zu eröffnen, und die Richtungen der großen öffentlichen Unternehmen koordiniert, um die wichtigsten aktuellen Probleme anzugehen.

Der nachhaltige Übergang, die digitale Innovation und die industriellen Umstellungen müssen von Plänen und Instrumenten begleitet werden, die den sozialen Schutz, die Umschulung und die Ausbildung der an den Umstellungsprozessen beteiligten Arbeitnehmer gewährleisten. Deshalb schlagen wir die Einrichtung eines nationalen Fonds vor, der industrielle Übergänge und Umstellungen begleitet und unterstützt. Der Fonds muss Investitionen in Einkommensunterstützung, Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmern vorsehen, mit dem Ziel, "niemanden zurückzulassen und Beschäftigung zu garantieren".

## **AUFGABEN DES KONGRESSES**

Der Kongress ist aufgerufen, die auf der Organisationsversammlung gefassten Beschlüsse zu grundlegenden Themen für die Zukunft der konföderalen Gewerkschaft umzusetzen: die Beziehung zu jungen Menschen, die Beziehung zu und die Zunahme von Mitgliedern und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse, die zentrale Rolle des Territoriums und der Arbeiterkammern, die vollständige Einbeziehung und Vertretung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Gewerkschaft, die Beteiligung und der notwendige Protagonismus der Delegierten, Aktivisten und der Aktivisten der SPI-Ortsgruppen, die Umsetzung des Digitalisierungsprozesses zur Erneuerung und Integration unseres Organisationsmodells und unserer Kommunikationsweise, die zentrale Bedeutung der Ausbildung. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Überprüfung, wie wir das Thema der Geschlechterpolitik innerhalb und außerhalb von unserer Organisation umgesetzt haben. Es geht nicht nur darum, zu überprüfen, was getan wurde, und das umzusetzen, was in der Geschäftsordnung festgelegt ist, sondern auch darum, auf unsere Arbeits- und Diskussionsweise einzuwirken; wie und inwieweit die Frage der Geschlechterdifferenz zu einem gemeinsamen Inhalt der Vertragsplattformen wird, wobei zu bedenken ist, dass gerade die Frauenbewegung einen wichtigen Beitrag zur Kritik des derzeitigen Wachstumsmodells, zur daraus resultierenden Notwendigkeit einer neuen Organisation des Verhältnisses zwischen Arbeits- und Lebenszeit, zum Recht auf Teilung der Betreuungsarbeit mit der Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs und zur Notwendigkeit eines funktionierenden universellen Wohlfahrtsstaates, geleistet hat.

Die CGIL muss sich weiterhin dafür einsetzen, alle Formen von Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen und alle lgbtqi+-Subjekte zu verhindern und zu bekämpfen, indem sie das Recht auf Selbstbestimmung und der Beanstandung der patriarchalischen Kultur und der Idee des Besitzes einfordert, um die Rechte aller zu verteidigen.

Darüber hinaus stellt der Kongress eine Gelegenheit dar, die programmatische Ausarbeitung und Definition des neuen Entwicklungsmodells zu verschärfen und die bereits vor einiger Zeit begonnene Diskussion mit den Subjekten fortsetzt, die Träger kollektiver Forderungen sind und die gemeinsam mit uns Protagonisten einer tiefgreifenden Veränderung der Gesellschaft sein wollen, mit einer universellen Vision, die auf Rechten, Freiheit und Frieden beruht.

## **DEMOKRATIE, FREIHEIT UND TARIFVERHANDLUNGEN**

### **1) Tarifverhandlungen als Instrument der Demokratie und der Freiheit und der Neugestaltung der Arbeitswelt und der Neuaushandlung der Befugnisse in den Betrieben und Gebieten.**

*Verteidigung, zentrale Bedeutung und Aufwertung des nationalen Kollektivvertrags CCNL als grundlegendes Instrument des universellen Schutzes und der kollektiven Vertretung, das vereint und einschließt.*

Tarifverhandlungen in all ihren Formen bleiben ein grundlegendes Instrument für die Verwirklichung der strategischen Ziele unserer Organisation. Ihnen wird die Aufgabe der Umverteilung des Reichtums anvertraut, eine immer komplexere Aufgabe der Neugestaltung der Arbeitswelt. Angesichts der extremen Zersplitterung der Produktionszyklen und der Arbeitsprozesse müssen die Tarifverhandlungen die Beziehungen innerhalb der Arbeitswelt neu ordnen, sie müssen eine einheitliche Anwendung garantieren und als Barriere gegen die Erpressungsphänomene wirken, denen die schwächere Seite täglich ausgesetzt ist. In diesem Sinne muss das Instrument der Tarifverhandlungen den Arbeitnehmern ständig die Möglichkeit geben, das Machtgleichgewicht am

Arbeitsplatz neu zu definieren, und zwar in einem Prozess, der die Demokratie und die Freiheit der Menschen stärkt, die Arbeitsbedingungen verbessert und den Raum für die Beteiligung erweitert.

Der nationale Tarifvertrag ist nach wie vor der Dreh- und Angelpunkt, um den sich dieser komplexe Prozess der Neugestaltung dreht: Er ist sowohl Lohnautorität als auch ein Instrument für die Eingliederung der Schwächsten, eine Garantie für die Legalität und die Förderung der beruflichen Entwicklung, die Eroberung einer kollektiven Identität und den Schutz der individuellen Rechte. Die neue Vertragssaison wird in erster Linie auf Lohnerhöhungen abzielen, die dem Anstieg der realen Inflation entsprechen, sowie auf eine stärkere Einbeziehung der verschiedenen Vertragsarten, um Prekarität, geschlechts- und generationsbedingte Diskriminierung zu überwinden.

Wir müssen das Ziel verfolgen, die Zahl der Tarifverträge entscheidend zu verringern. Um dies zu erreichen, bedarf es einer konföderalen Koordinierung der Verhandlungspolitiken, um die möglichen Überschneidungen der vertraglichen Grenzen zu überwinden und die Methode des Vergleichs zwischen den Fachgewerkschaften und den Bündeln in Bezug auf die Ausweitung der Anwendungsbereiche oder im Falle der Zuweisung neuer Sektoren verbindlich zu machen. Wir müssen das Prinzip des vorteilhaftesten CCNL-Bezugsvertrages bekräftigen, sowohl hinsichtlich der Löhne als auch der Bestimmungen. Es bedarf auch einer gesetzgeberischen Maßnahme zur Unterstützung der Ausübung von Tarifverhandlungen, die dem Inhalt der nationalen Verträge allgemeine Gültigkeit verleiht und den Vertretungsanspruch der Parteien, die sie abschließen, bescheinigt. Es ist notwendig, die bilaterale Funktion der Einbeziehung, den Schutz, der durch die Verhandlungen und/oder die Regeln gewährt wird, zu verstärken und die Funktionalität und Transparenz auch durch die Überprüfung ihrer Governance zu stärken.

### ***Wahl und Ausweitung der Gewerkschaftsvertretung in allen Betrieben.***

Um die Vertretung und die Demokratie am Arbeitsplatz zu stärken, wird ein außerordentliches Engagement der Organisation strategisch, um einen Prozess der Wahl von einheitlichen Gewerkschaftsvertretern RSU in allen Betrieben mit mindestens fünfzehn Beschäftigten zu fördern, wobei auch mit Vertretungsformen auf territorialer, regionaler und von den Arbeitnehmern gewählter Ebene experimentiert wird. Für die CGIL erfolgt die Ernennung der Sicherheitsbeauftragten RSA in jedem Fall nach der Wahlmethode.

Nur durch eine außerordentliche Investition in die Beteiligung und die Demokratie am Arbeitsplatz ist es möglich, die Ausweitung der integrativen Tarifverhandlungen in den Bereichen, in denen sie noch nicht vorhanden sind, und ihre Stärkung in den Bereichen, in denen sie noch zu schwach sind, weiter voranzutreiben. Wir müssen dieses Instrument die Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern, indem wir das Recht erlangen, die Arbeitsorganisation und die Arbeitszeit zu kontrollieren. Dies, um das derzeitige Machtgleichgewicht in Frage zu stellen und neue Freiräume im Bereich der Arbeitsleistung zu erlangen.

Die nationalen Tarifverträge müssen die Regeln für die Validierung von Abkommen und Plattformen enthalten.

### ***Territoriale Tarifverhandlungen für Soziales und für die Entwicklung, als Instrument für soziale Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Soziale Allianzen im Territorium als Motor des Wandels und der Verhandlung.***

Territoriale Verhandlungen, auch im Lichte der Investitionen des Konjunkturprogramms PNRR und der europäischen Strukturfonds, stellen das strategische Ziel dar, die Bedingungen für die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit festzulegen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, auch über die Marktgrenzen hinaus und insbesondere in den Bereichen Gemeingüter und soziale Innovation, in Kontinuität und in Verbindung mit den nationalen Tätigkeitsfeldern.

Die CGIL muss, beginnend im Süden, die Forderung nach einer Beteiligung über die traditionellen Grenzen der gewerkschaftlichen Vertretung und die Beziehungen zu CISL und UIL und den Arbeitgeberverbänden hinaus mit den lokalen Verbänden und der organisierten Zivilgesellschaft aufgreifen, um die Ziele zu vergleichen, die Prioritäten und Projekte einvernehmlich festzulegen, die Ergebnisse zu überwachen und gemeinsame und institutionalisierte Momente der Konsultation und Überprüfung zu schaffen.

Territoriale soziale Tarifverhandlungen, die an die betrieblichen Tarifverhandlungen anknüpfen, müssen Arbeits- und Bürgerrechte integrieren und sind eine der Säulen unserer Aktion zur Verbreitung eines einheitlichen Rechtssystems im ganzen Land. Die konföderalen Koordinierungen müssen die auf der letzten Organisationsversammlung beschlossenen territorialen Sozialtarifverhandlungen weiterverfolgen und sie zu einer erweiterten und integrativen konföderalen Tarifverhandlungsaktion machen, die die Tarifverhandlungen der Fachgewerkschaften ergänzt, um konkrete Antworten sowohl auf die Arbeits- als auch auf die Bürgerrechte zu geben.

Territoriale Verhandlungen für die Entwicklung müssen wirtschaftliche "Pläne" für Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung auf das Gebiet übertragen. Hier liegen die Momente der ausgehandelten Programmierung der Ressourcen - einschließlich der EU- und PNRR-Mittel - für öffentliche und private Investitionen. Die Interventionsbereiche, die gestärkt werden sollen, sind die Digitalisierung, die Green Economy und die Kreislaufwirtschaft, die Stadterneuerung (hydrogeologische Sanierung und Bodenpflege, nachhaltiges Bauen, Erdbebenprävention und -sicherheit, Landgewinnung, Landschafts- und Küstenschutz) sowie der Schutz und die Aufwertung des künstlerischen und kulturellen Erbes, die soziale und berufliche Integration von Migrant\*innen, die Ausbildung, die territoriale Industriepolitik und das System der Vergabe von Dienstleistungen.

Eine ausgehandelte Planung, die eine starke Fähigkeit zum Dialog, auch durch Streitfragen, mit öffentlichen Institutionen voraussetzt, die in der Lage sind, die Finanzinstrumente bereitzustellen, die für die integrierte Durchführung von Programmen auf territorialer Ebene zur Verfügung stehen, um wirksame Durchführungsmechanismen zu unterstützen.

## **2) Zeit, Löhne und Ausbildung: die Säulen der Tarifverhandlungen.**

### ***Arbeits- und Lebenszeit und Arbeitszeiten: Aushandlung und Mitbestimmung von Arbeitszeit und -organisation.***

Die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn ist zunehmend ein strategisches Ziel für die Gewerkschaftsbewegung. Der technologische Sprung durch die Digitalisierung und der ökologische Paradigmenwechsel bringen tiefgreifende Veränderungen der Arbeit und eine Verringerung der für die Produktion desselben Wohlstands erforderlichen Arbeitskräfte mit sich, so dass es umso notwendiger ist, den Wert der Arbeit auch in Bezug auf die Zeit und ihre Umverteilung anzuerkennen. Um dies zu erreichen, sind unterstützende Rechtsvorschriften und eine Koordinierung der Vertragspolitik auch auf europäischer Ebene erforderlich. Auf einem polarisierten Arbeitsmarkt, muss das Ziel der strukturellen Arbeitszeitverkürzung mit der Bekämpfung der unfreiwilligen Teilzeitarbeit und der stark diskontinuierlichen Arbeit einhergehen.

Forderung einer Arbeitszeitverkürzung zu fordern, wenn die Zahl der Schichten erhöht wird, um die Kapazitäten besser auszulasten oder um den Erfordernissen der Flexibilität in der Produktion und/oder im Service gerecht zu werden. Diese Forderungen der Unternehmen müssen mit einem Anstieg der Beschäftigung und der Anerkennung der Löhne einhergehen. Wir schlagen Rechtsvorschriften vor, die die Umverteilung und Verkürzung der Arbeitszeiten und das Recht auf lebenslanges Lernen für neue, stabile Arbeitsplätze vorsehen.

***Löhne: Der harmonisierte Verbraucherpreisindex HVPI bereinigt um Energiegüter muss überwunden werden. Mindestlohn und erga omnes Gültigkeit von Verträgen.***

Das Wachstum der Inflation hat den HVPI-Parameter ohne Energieerzeugnisse als Referenz für die Erholung der Kaufkraft im nationalen Kollektivvertrag CCNL überholt. Diesen Wandel nicht anzuerkennen, würde bedeuten, die strukturelle Senkung der Löhne zu planen, die in Italien bereits zu den niedrigsten in Europa gehören. Die Plattformen für die Erneuerung der nationalen Tarifverträge, die demnächst auslaufen, müssen das Ziel eines Anstiegs der Gesamtlöhne, ausgehend von der Anerkennung der tatsächlichen Inflation, festlegen, um die Kaufkraft zu schützen, zu der die anderen Indikatoren, die in den Verhandlungen ermittelt werden, hinzukommen müssen.

In den Tarifverhandlungen der zweiten Ebene müssen auch Elemente wie Qualität und Produktivität durch die Konsolidierung der variablen Lohnquoten anerkannt werden; in jedem Fall muss die Frage einer stärkeren kollektiven Umverteilung der Lohnmasse unter den Arbeitnehmern, einschließlich der befristet Beschäftigten, angegangen werden, und eine einseitige Handhabung der individuellen diskretionären Lohnerhöhungen muss abgelehnt werden.

Der Vorschlag des Arbeitsministeriums, auf die europäische Mindestlohnrichtlinie zu reagieren, indem man sich an der wirtschaftlichen Gesamtbehandlung orientiert, die vom CCNL des Sektors festgelegt und von den repräsentativsten Gewerkschaften unterzeichnet wurde, findet unsere Zustimmung. Unser Ziel ist es, die Verfassung umzusetzen und den Verträgen in ihrer Gesamtheit erga omnes Gültigkeit zu verleihen, angefangen beim Thema der Löhne.

***Von 150 Stunden bis zum subjektiven und universellen Recht auf lebenslanges Lernen und Wissen, um der Ausgrenzung im Arbeitsleben und in der Gesellschaft entgegenzuwirken.***

Fort- und Weiterbildung muss als subjektives und universelles Recht anerkannt werden. Es ist eine systemische Sichtweise erforderlich, die sich auf drei strategische Entscheidungen stützt: Zentralität des öffentlichen Erwachsenenbildungssystems; Kohärenz mit der Politik des Bildungssystems; Politiken, die die Ausübung des Rechts auf Beibehaltung und Verbesserung des Bildungsniveaus unterstützen.

Ein hochqualifiziertes und integratives System der allgemeinen und beruflichen Bildung, das in der Lage ist, das Niveau der Kenntnisse und Fähigkeiten von Bürgern aller Altersgruppen und in allen Gebieten anzuheben, ist das wichtigste Instrument, um Ungleichheiten zu bekämpfen und aktiv am Arbeitsmarkt teilzunehmen, ohne dessen Veränderungen unterworfen zu sein.

Die Tarifverhandlungen, die von berufsübergreifenden und bilateralen Fonds unterstützt und begleitet werden müssen, spielen eine entscheidende Rolle. Besonderes Augenmerk muss auch auf prekäre Arbeitsverhältnisse und auf Sektoren gelegt werden, in denen saisonale, diskontinuierliche oder Teilzeitarbeitsverhältnisse vorherrschen, um auch in diesen Bereichen das Recht auf Ausbildung und deren Zertifizierbarkeit zu gewährleisten.

Das subjektive Recht auf Weiterbildung während der Arbeitszeit soll gefördert werden, auch mit Methoden wie dem Fernunterricht in seinen verschiedenen Ausprägungen. Um diese Ziele zu erreichen, sind neben den Tarifverhandlungen auch andere Instrumente erforderlich:

- Fonds Neue Kompetenzen, der die Umschulung von Arbeitnehmern zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels unterstützen soll.
- Ausbildungseinkommen, um das Recht auf Studium und lebenslanges Lernen zu unterstützen.
- Integriertes nationales System für lebenslanges Lernen, mit öffentlicher Steuerung auf nationaler und territorialer Ebene.
- Landeszentren für die Erwachsenenbildung als öffentliches Bezugssystem für die Erwachsenenbildung, das dazu aufgerufen ist, in enger Verbindung mit den Arbeitsämtern zu arbeiten, um territoriale Netzwerke für lebenslanges Lernen zu schaffen.

- Ein neues Orientierungssystem, das als strategische Politik anerkannt wird, die in das Schulsystem eingebettet werden muss und auch in der Lage ist, die Innovationsprozesse der Produktionssysteme zu lesen und zu analysieren.
- Vermittlung der "ersten Stufe" der Lehre nach Abschluss der Schulpflicht.

### **3) Innovation, Technologiesprünge und ökologischen Wandel verhandeln und steuern.**

Sowohl auf nationaler als auch auf Betriebsebene wurden vertragliche Aktionen zur Regulierung der agilen Arbeit ergriffen. Wie bereits in den Vereinbarungen nach dem Pandemienotstand geschehen, ist es nun notwendig, die Kontinuität und die Struktur dieser Arbeitsweise zu gewährleisten, um in die Arbeitsorganisation einzugreifen.

Die Arbeit auf digitalen Plattformen entwickelt sich schnell und intensiv, weshalb es notwendig ist, in Tarifverträgen ein Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmervertreter vorzusehen. Zusätzlich zu dem, was bereits vereinbart wurde, sollten Tarifverträge obligatorische Informations- und Anhörungsrechte vorsehen zu: spezifischen Investitionsplänen für technologische Innovationen; Aufbewahrung, Verwendung und Verwertung von Daten, die während der Arbeitsleistung gesammelt werden (Art der gesammelten Daten, wie sie gesammelt, verwendet und gespeichert werden, Lösungszeiten usw.). Der digitale technologische Fortschritt wirkt sich auf die Arbeitsorganisation aus: Verhandlungen müssen die Regulierung des Arbeitsmarktes, der Bildungswege und des lebenslangen Lernens sowie der Sozialschutzsysteme ermöglichen, um sicherzustellen, dass der digitale Wandel keine Nachteile für die Arbeitnehmer mit sich bringt.

Tarifverhandlungen können auch ökologische Umstellungsprozesse antizipieren, indem sie die Produktionskosten senken (z. B. Energieeffizienz, Eigenproduktion erneuerbarer Energien, Energiegemeinschaften, Kreislaufwirtschaft, Verwendung von Sekundärrohstoffen usw.), die Klima- und Umweltauswirkungen verringern (nachhaltige Mobilität, Dekarbonisierung, nachhaltige Mensadienste, effiziente Nutzung von Materialien und Energie usw.) und die Kontinuität der Beschäftigung in den Gebieten sicherstellen (neue strategische Lieferketten, Prozess- und Produktinnovation). Weitere Verhandlungsthemen sind: lebenslanges Lernen und Umschulung auf neue Qualifikationen, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, auch zur Bewältigung der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen aufgrund steigender Temperaturen.

Schließlich stellen der technologische Sprung und die Digitalisierung auch unser System von Dienstleistungen und Schutzmaßnahmen in Frage. Es gilt, nicht unter den Auswirkungen zu leiden, sondern als Gesprächspartner/Akteur in diesen Prozessen aufzutreten, sowohl in den Beziehungen und Verhandlungen mit den institutionellen Akteuren als auch mit den Mitgliedern. Zu den alten Bedürfnissen kommen neue hinzu: Das bedeutet, dass das Dienstleistungssystem erneuert und umgesetzt werden muss, um auch durch strukturelle Ausbildungsprozesse wirksam reagieren zu können.

### **4) Der neue Gesellschaftsvertrag: Demokratie, Freiheit, Mitbestimmung**

#### **Die Rolle der Gewerkschaften im Wandel: Verhandlungen über öffentliche Maßnahmen. Institutionalisation der Rolle der Gewerkschaften bei Verhandlungen und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen.**

In der akuten Phase der Pandemie konnten die Gewerkschaften wichtige Verhandlungs- und Arbeitsschutzinstrumente einsetzen: von den Sicherheitsprotokollen bis hin zu den Vereinbarungen über den Stopp von Entlassungen und davor die Vereinbarung über den Steuerbereich. Dieses Verhandlungsmodell muss als Referenz herangezogen werden, um die Herausforderungen des



technologischen Wandels, des ökologischen und demografischen Wandels und der zunehmenden Polarisierung und Ungleichheit zu bewältigen.

Ein Paradigmenwechsel auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrags mit einer starken Anerkennung der Verhandlungs- und Vertragsfunktion in der öffentlichen Politik ist erforderlich. Dieser Aspekt ist im Hinblick Next Generation EU- und Strukturfondsmitteln auf allen Ebenen noch wichtiger: In diesem Sinne stellen das am 23. Dezember letzten Jahres unterzeichnete Protokoll und die Vereinbarung, mit der der neue Programmplanungszyklus eingeleitet wird, einen wichtigen ersten Schritt dar. Es ist jedoch notwendig, dass diese Vereinbarung durch ein Protokoll auch in den Bereichen wirtschaftlicher, sozialer, technologischer Innovation und des ökologischen Wandels, sowohl auf territorialer als auch auf nationaler Ebene, in einem Rahmen klarer und gemeinsamer Regeln geregelt und ausgehandelt wird. Dies, ohne die Autonomie der Gewerkschaften und die Ausübung von Konflikten einzuschränken, die ein grundlegendes Instrument der Mobilisierung der Arbeitnehmer bleiben.

Darüber hinaus hängen Innovation, Übergangsprozesse und die Umstellung des Produktionsmodells auch von Entscheidungen ab, die alle Unternehmen treffen werden, insbesondere diejenigen, die in dieser Phase eine strategische Rolle spielen. Beginnend mit dem riesigen System der staatlich kontrollierten Unternehmen erscheint der absolute Widerstand gegen die Beteiligung der Arbeitnehmer an Prozessen, die enorme Auswirkungen nicht nur auf die Beschäftigten in diesen Sektoren, sondern auf alle Gesellschaftsbereiche haben werden, unverständlich. Aus diesen Gründen erhält die Frage der Mitbestimmung, wie sie in Artikel 46 der Verfassung vorgesehen ist, eine außerordentliche Bedeutung für die Arbeitswelt, die wir vertreten. Die Bewältigung des Wandels besteht aus dieser Sicht auch darin, die sozialen Auswirkungen der oft notwendigen Entscheidungen vorherzusehen und zu antizipieren und dazu beizutragen, die Aktivitäten der Unternehmen auf nachhaltige Modelle zum Schutz von Mensch und Umwelt auszurichten.

### **Gesetz über Vertretung, Demokratie und Mitbestimmung.**

Die Ausweitung des Raums für Demokratie und Mitbestimmung in der Arbeitswelt war für unsere Gewerkschaft schon immer eine Priorität, ein Ergebnis, das oft durch harte Kämpfe erreicht wurde, die zu außergewöhnlichen Verhandlungszielen sowohl auf der Seite der nationalen Verträge und der Verhandlungen auf zweiter Ebene als auch auf der Seite der konföderalen Vereinbarungen geführt haben. Es handelt sich um eine Strategie, die auch durch die Einführung von Elementen der Vertragsinnovation verfolgt werden soll: Es geht in erster Linie darum, das Recht auf vorherige Information über Veränderungen, Investitionen, Umstrukturierungsprozesse und Innovationen in den Arbeitsorganisationen zu stärken und gleichzeitig Räume der Mitbestimmung festzulegen, in denen die Arbeitnehmer (über ihre Vertretungen) das Recht haben, mitzureden und diese Prozesse und strategischen Entscheidungen zu beeinflussen.

Es liegt auf der Hand, dass das Fehlen klarer gesetzgeberischer Normen bei der Anwendung verschiedener Verfassungsgrundsätze den Einzug der Verfassung in die Arbeitswelt nicht begünstigt hat, sondern im Gegenteil die schlimmsten autoritären und paternalistischen Kulturen des Unternehmenssystems gefördert hat. In einigen Fällen haben dieselben Kulturen die Gewinnbeteiligung als ein integratives Modell angepriesen, was in klarem Widerspruch zur Abneigung gegen Formen der Konsultation steht. Auch aus diesen Gründen ist ein gesetzlicher Rahmen, wie wir ihn in der Charta der universellen Arbeitnehmerrechte vorgeschlagen haben, der Regeln für die Zertifizierung der Repräsentativität sowie die Stärkung des Rechts auf Information und des Rechts auf Beteiligung an Entscheidungen festlegen kann, für die Gewerkschaftsbewegung heute noch wichtiger.

# ARBEIT UND BEKÄMPFUNG DER PREKARITÄT

## 1) Bekämpfung von Prekarität und Ausbeutung

### *Arbeit auf der Grundlage der Verfassung.*

Die vollständige Umsetzung der Vorgaben der Verfassung bedeutet, das Recht auf Arbeit in Würde und Stabilität in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen des Landes zu stellen. Es bedeutet, durch Gesetzgebung und Verträge der Prekarität entgegenzuwirken und die Arbeit von Erpressung und Ausbeutung zu befreien, auf die Verringerung von Typologien hinzuwirken, den Schutz von Selbstständigen und geringfügig Beschäftigten auszuweiten, in die Aufnahme und Integration von zugewanderten Bürgern im Rahmen von Strukturpolitiken zu investieren und nicht der Logik des Notstands zu folgen, die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderungen zu fördern, die Intervention in aktive Politiken und lebenslanges Lernen bei Übergängen und Unterbrechungen der Arbeit zu verstärken. Voraussetzung für diese Interventionen sind Investitionen, die auf Vollbeschäftigung und die Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Schwarzarbeit ausgerichtet sein müssen, die das eigentliche Übel unserer Gesellschaft sind. Ein besser regulierter und weniger prekärer Arbeitsmarkt ist die erste Antwort auf die geschlechts- und generationsbedingten Unterschiede, die es zu überwinden gilt. Wie in der Charta der Rechte vorgeschlagen, müssen universelle Rechte festgelegt werden, die unabhängig von der rechtlichen Einstufung des Arbeitsverhältnisses gewährleistet werden müssen.

### *Reduzierung der Vertragsarten und Begrenzung der Verwendung von befristeten Verträgen und prekären Formen.*

Es ist notwendig, Verträge auf Abruf und beitragsfreie Formen wie die gelegentliche Zusammenarbeit mit Selbständigen abzuschaffen ebenso müssen elastische und flexible Teilzeitklauseln in Ermangelung von Tarifverhandlungen abgeschaffen werden. Am Anfang von befristeter Verträge muss eine Klausel eingefügt werden, der in jedem Fall die Möglichkeit der Inanspruchnahme und die Dauer reduziert, und die Verwendung neuer befristeter Verträge im Falle der Wiederholung von Verträgen für denselben Arbeitsplatz oder der Nichtstabilisierung eines prozentualen Anteils bestehender Verträge unmöglich zu machen. Der Zwang zur Stabilisierung sollte auch vertraglich verfolgt werden, der Schutz der vertikalen Teilzeitarbeit sollte verstärkt werden.

Wir schlagen vor, einen einheitlichen Einstiegsvertrag mit Ausbildungsinhalten einzuführen, um die Ausbildungskomponente der Lehre zu stabilisieren und zu stärken. Diese beiden Modalitäten, die sich in Bezug auf die Höchstdauer, die Zielgruppe und die für die Ausbildung aufgewendete Zeit unterscheiden können, werden gefördert und müssen bei allen Eingliederungen und Wiedereingliederungen in den Arbeitsmarkt bevorzugt werden.

Die Selbstständigkeit darf nicht als Instrument des Lohnkostendumpings eingesetzt werden. Es ist notwendig, eine gerechte Vergütung für gewöhnliche oder nicht gewöhnliche Mehrwertsteuernummern einzuführen und bei der sogenannten „collaborazione etero-organizzate“ einzugreifen, indem die Möglichkeiten für Ausnahmen beseitigt oder eingeschränkt werden.

Es ist notwendig, die Rolle der Gewerkschaften beim Schutz, bei der Vertretung und bei der Übernahme von Verantwortung für arbeitslose oder im Übergang befindliche Arbeitnehmer zu stärken, indem wir unsere Interventionen und vertraglichen Maßnahmen auf der Ebene der Fachgewerkschaften, einschließlich der Bilateralität, und auf der konföderalen Ebene durch die Stärkung der Arbeitsvermittlung SOL in der aktiven Arbeitspolitik, insbesondere bei der Berufsorientierung, Ausbildung und Umschulung, verstärken. Um behinderten Arbeitnehmern das Recht auf Arbeit sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor zu garantieren, halten wir es für wichtig, einen Beschäftigungsplan zu erstellen und die Einhaltung der Vorschriften zur beruflichen Eingliederung zu gewährleisten.

### ***Lernen in einem Arbeitskontext.***

Es ist notwendig, den obligatorischen Charakter der Ausbildungskurse für transversale Kompetenzen und Orientierung (PCTO) und die genaue Quantifizierung der Stunden abzuschaffen und den Schulen die Autonomie zurückzugeben, auf der Grundlage von Zielen und Bedürfnissen, die mit dem Lehrplan übereinstimmen, qualitativ hochwertige Ausbildungserfahrungen im Rahmen der alternierenden Schularbeit (jetzt PCTO) zu konzipieren, wobei sicherzustellen ist, dass die entsprechenden Sicherheitsstandards von den aufnehmenden Einrichtungen eingehalten werden. Außerdem müssen die außerschulischen Praktika in die eigene Bildungsarbeit zurückgeführt und ihr Einsatzbereich reduziert werden.

## **2) Wiederherstellung der Ketten von Grundrechten, Solidarität und Legalität.**

### ***Verträge und der Prozess der Reinternalisierung; Ausweitung der in öffentlichen Verträgen vorgesehenen Schutzmaßnahmen/Garantien/Sozialklauseln auf den privaten Sektor.***

Der Grundsatz "gleiche Arbeit, gleiche Rechte, gleicher Lohn" muss in der Vertragspraxis durchgesetzt werden, um dem Wettbewerb nach unten bei den Löhnen und Rechten entgegenzuwirken und **den Grundsatz des nationalen Kollektivvertrags CCNL und der besseren Löhne und Regelungen zu bekräftigen.**

Um das Ziel, der Zersplitterung der Arbeitskräfte entgegenzuwirken, müssen zunächst die verschiedenen Formen von Arbeit und Verträgen an den Standorten umfassend eine Vertretung zu geben. Das, was von der Organisationsversammlung über die Koordinierung der Beschäftigten an den Betriebsstandorten und in den Zulieferbetrieben gewählten Delegierten festgelegt wurde, muss sofort umgesetzt werden, die RLS oder RLST muss gewählt werden, und es müssen Instrumente, die diesen Weg anerkennen und unterstützen, in die nationalen Verträge aufgenommen werden, angefangen bei den Gewerkschafts- und Informationsrechten, die die Grundlage für den Aufbau von Verhandlungsplattformen mit gemeinsamen Zielen bilden.

Um sicherzustellen, dass Outsourcing-Prozesse nicht das Instrument sind, um eine auf Kosten- und Rechtsreduzierung basierende Wettbewerbsfähigkeit auszuüben, ist es notwendig, den Wert der Arbeit in der gesamten Auftragskette zu bestätigen und Reinternalisierungsprozesse zu unterstützen. Die Maßnahmen zum Schutz der Arbeit, zur Sicherheit und zur Bekämpfung irregulärer Arbeit, die Verpflichtung der Sozialklausel bei Vertragsänderungen zur Gewährleistung des Beschäftigungsniveaus, die Verpflichtung zur Anwendung von Tarifverträgen in Bezug auf die überwiegend ausgeübten Vertragstätigkeiten, die wirtschaftliche und rechtliche Gleichbehandlung von Vertragsarbeitnehmern und Leiharbeitnehmern sowie der Grundsatz der Fairness, der im Gesetzbuch für das öffentliche Auftragswesen verteidigt und durchgesetzt wird, müssen auf alle Sektoren, einschließlich des privaten Sektors, ausgedehnt werden.

### ***Legalität als Voraussetzung für die Würde und die Entwicklung der Arbeit (Caporalato und Ausbeutung der Schwarz- und Schwarzarbeit, falsche Genossenschaften, Kampf gegen die Mafia)***

Der Kampf gegen Prekarität und alle Formen der Ausbeutung in der Arbeitswelt ist ein Kampf für die Bestätigung der Legalität und trägt dazu bei, die kriminelle Macht einzudämmen, die die Hauptbremse für die Entwicklung ist. Es ist daher erforderlich, dass

- die systematische Konfrontation zwischen Institutionen und Gewerkschaftsorganisationen im Hinblick auf die gesetzliche Kontrolle der Ausgaben für öffentliche Investitionen zu fördern;
- Aufbau bzw. Stärkung des Netzes sozialer Bündnisse in der Region, die in Zusammenarbeit mit den institutionellen Kräften zur Kontrolle und Bekämpfung der organisierten Kriminalität die legale, transparente und demokratische Kontrolle stärken;
- unsere gewerkschaftlichen und gerichtlichen Schutzmaßnahmen zu verstärken, auch durch die Gründung einer Bürgerpartei, bei allen Gelegenheiten, bei denen soziale Rechte verweigert werden und das demokratische Leben durch die Präsenz der Mafia gefährdet ist;

- offene Tische, von der nationalen bis zur territorialen Ebene, zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, des ausbeuterischen Caporalato und der kriminellen Unterwanderung der Wirtschaft;
- Vorschlag von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung falscher Zusammenarbeit und zur Einführung von Selektivität bei öffentlichen Anreizen;
- Verallgemeinerung des DURC di Congruità in allen privaten Sektoren, gegen alle Formen von Schwarz- und Schwarzarbeit.

### ***Gesundheit und Sicherheit***

Neben der Stärkung der Verhandlungen in den Betriebsstandorten und in der Lieferkette, beginnend mit Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes, der Wahl von RLS auf den Baustellen - mit Ermittlung und Aushandlung der Einzelheiten - und der Ausweitung der RLST, der Bindung von Investitionen - insbesondere öffentlicher Investitionen - an Sicherheitsmaßnahmen, müssen wir strukturelle Ausschüsse zur Bewältigung der Pandemie als Ort der Konfrontation und Entscheidungsfindung zwischen dem Unternehmen und der Rsu/Rsa sowie der RLS zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer bilden. Es ist notwendig, eine außerordentliche Schulungskampagne für die Unternehmensleitung, die Delegierten und die Arbeitnehmer an den Betriebsstandorten durchzuführen, wobei die spezifischen Risiken und die technologischen Veränderungen zu berücksichtigen sind, und eine Sicherheitsschulung bei der Einstellung oder bei jedem Arbeitsverhältnis durchzuführen. Darüber hinaus ist es notwendig, mit angemessenen Ressourcen sowohl für die personellen als auch für die materiellen Strukturen, die Arbeitsmedizin auf dem Gebiet, die Vorbeugung und die Kontrolltätigkeiten zu verstärken, mit einem gemeinsamen Engagement von INL/ASL. Es muss eine einheitliche Datenbank zwischen INAIL und INPS und anderen Beteiligten eingerichtet werden, die für Inspektionen und Audits zur Verfügung steht.

Es ist notwendig, eine nationale und territoriale Kampagne für Gesundheit und Sicherheit zu starten, beginnend mit spezifischen Plattformen zur Prävention, den Punkteführerschein einzuführen und erschwerende Umstände bei Verschulden für arbeitsbedingte Todesfälle einzuführen.

## **EIN NEUES MODELL DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG UND DER ÖFFENTLICHEN POLITIK FÜR VOLLBESCHÄFTIGUNG.**

### **1) Ökologische und digitale Umstellung und Produktionssysteme: öffentliche Verwaltung und Instrumente der neuen Industriepolitik**

#### ***Die Rolle des Staates und des öffentlichen Systems.***

Der nachhaltige ökologische Umbau und die Auswirkungen des Krieges werden die Zeichen einer neuen internationalen Arbeitsteilung mit sich bringen. Die Gefahr ist eine neue Polarisierung, auch als Folge der Entglobalisierung. Dies ist ein Szenario, das es zu vermeiden gilt, denn es würde zum Scheitern der klimatischen Herausforderung führen, vor der unser Planet steht. Der Konflikt in der Ukraine führt auch dazu, dass die Logistik, die Technologien und die notwendige Infrastruktur anders angeordnet werden. Es wird daher notwendig sein, das Modell des Landes zu überdenken und kurz- und mittelfristige Entscheidungen auf der Basis neuer Aspekte zu treffen. Damit beginnt eine Phase des Überdenkens nicht nur des Entwicklungsmodells, sondern auch der Merkmale, die es ausmachen und der Ziele, die wir angesichts dieser großen Veränderungen erreichen wollen.

Aus diesen Gründen muss sich der Staat wieder direkt und mit neuen Regulierungsinstrumenten mit dem Markt auseinandersetzen. In den strategischen Funktionen des Landes muss das öffentliche

System der Dreh- und Angelpunkt sein, um den herum die Wettbewerbsposition des Landes gestärkt wird. Darüber hinaus müssen die von den zentralen Verwaltungen geführten Politiken mit denjenigen koordiniert werden, die in die spezifische Zuständigkeit der territorialen Institutionen fallen: Vor allem im Süden müssen die Umgestaltung und die Innovation der Produktionssysteme nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit von den Leitlinien der intelligenten Spezialisierung ausgehen, die von den Kohäsionspolitiken unterstützt werden, die strukturell auf Bottom-up-Ansätzen beruhen, d. h. auf der Aufwertung der territorialen Berufe und der Lieferketten.

***Neue industrie- und entwicklungspolitische Maßnahmen und Unterstützung von Prozessen der Reindustrialisierung und Re-Lokalisierung der Produktion.***

Wir brauchen eine neue Industrie- und Entwicklungspolitik in Italien und Europa und wir brauchen eine Entwicklungsagentur mit einer starken Koordinierung der verschiedenen institutionellen Akteure, um Produktionsketten zu schaffen und wiederaufzubauen, indem wir Prioritäten festlegen und die notwendigen Synergien mit dem Forschungs- und dem Produktionssystem bestimmen, ausgestattet mit einem speziellen Fonds für die Übergänge. Es besteht ein Bedarf an einer Synergie von großen öffentlichen und/oder investierenden Unternehmen, um in unserem Land Investitionen in innovative Lieferketten abzuschließen und zu lenken.

Es ist notwendig, die Intersektoralität zwischen den Versorgungsketten zu stärken und die Kreislaufwirtschaft als neues Produktions- und Konsummodell anzunehmen, das auf das "Teilen, Leihen, Wiederverwenden, Reparieren, Wiederaufbereiten und Recyceln von Materialien und Produkten" abzielt, sowie das Zwergunternehmertum, die Unterkapitalisierung und die geringe Bereitschaft zu Investitionen in Innovation, Nachhaltigkeit und Qualität des riesigen Netzes von Klein- und Kleinstunternehmen zu bekämpfen, das unser Land kennzeichnet, viel mehr als im übrigen Europa.

Die Europäische Union muss einen qualitativen Sprung vollziehen und von der Strategie der Allianzen (Batterien, Wasserstoff) zu einer strukturierten Planung und Koordinierung übergehen, die auf den Aufbau eines Systems von Industriepolitiken abzielt. Die bisher ausgeübten Befugnisse - ausschließlich für die Regulierung des Wettbewerbs, z. B. für Kartellrecht und Handel - sind zu sehr von einer merkantilen und nicht von einer systemischen Sichtweise geprägt. In dieser Hinsicht scheint das „DDL Concorrenza“ auch dieses Prinzip zu verfolgen, indem es auch auf die lokalen öffentlichen Dienste ausdehnt wird.

Die Rolle des Wissens und der Wissenschaft ist und wird bei großen Umwälzungen von zentraler Bedeutung sein, wie es auch bei der Bekämpfung der Pandemie der Fall war. Deshalb fordern wir eine ernsthafte Überarbeitung des Rechts auf geistiges Eigentum und des Verhältnisses zwischen der öffentlichen Forschung und dem Markt, insbesondere in strategischen Schlüsselsektoren. Die Europäische Union muss die Prozesse der gemeinsamen Nutzung von Forschungsstrukturen verstärken, um eine europäische Agentur für Wissenschaft aufzubauen.

Der Mezzogiorno ist das Gebiet, in dem sich die Widersprüche der Übergänge und der fortschreitenden Versteppung zu konzentrieren drohen. Aufgrund der historisch bedingten Präsenz von Lieferketten, die noch aus der "fossilen Wirtschaft" stammen, besteht die Gefahr, dass Süditalien zum Ort von Schließungen und Verlagerungen wird. Der Übergang ist also ein Prozess, der insbesondere in Süditalien massive öffentliche und private Investitionen erfordern wird. Gleichzeitig muss der Mezzogiorno gerade aus klimatischen Gründen das Gebiet werden, in dem der größte Anteil an Investitionen in erneuerbare Energien getätigt werden.

Eine Politik zur Bekämpfung von Standortverlagerungen in Süditalien und im Rest des Landes muss sich auf Instrumente stützen, sowohl auf die Zulieferkette als auch auf das Territorium, die in der Lage sind, gute Gründe für wichtige Betriebsniederlassungen zu schaffen, ohne die wir Gefahr laufen, die Voraussetzungen für ein Industrie- und Produktionsland zu verlieren.

### ***Rationalisierung und Stärkung der Instrumente für Unternehmenskrisen und Krisengebiete***

Die rein bürokratische Verwaltungsrolle von MISE und Invitalia muss überwunden werden, indem in enger Zusammenarbeit mit anderen Ministerien industriepolitische Instrumente bei der Definition der industriellen Raumplanung in all ihren Aspekten (Produktion, Energie, Logistik, Infrastruktur, Struktur, Umwelt, Digitales, Forschung und Entwicklung, Territorium) und allen notwendigen Verwaltungsverfahren zur Unterstützung der lokalen Verwaltungen eingeführt werden. Darüber hinaus sollten diese Instrumente mit den Maßnahmen koordiniert werden, die im Rahmen der Programmierung der Kohäsionspolitik im Hinblick auf die territorialen Strategien des Programmzyklus 2021-2027, die Wiederbelebung der Sonderwirtschaftszonen im Süden und die integrierte Nutzung von Entwicklungsinstrumenten (Programmvereinbarungen, Verträge über die institutionelle Entwicklung usw.) eingeführt wurden.

### ***Energie, digitale Netze, Wasser als strategische Infrastrukturen für Entwicklung und Bürgerschaft***

Das neue Energiemodell und die digitale Infrastruktur sind die Vorboten eines neuen Transformationsprozesses. In diesem Sinne sind die Verzögerungen bei den Ausschreibungen für den Ausbau von Glasfasernetzen und die negativen Ergebnisse der Ausschreibungen für 5G ein Alarmsignal. Es wäre ein Fehler, nicht zu sehen, wie ein neues Modell der Stromnetze und der Glasfaser die neuen Bedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Gebiete und Unternehmen in Italien und auf den globalen Märkten sein werden.

Wasser ist eine strategische Ressource und ein Gemeingut. Die CGIL muss auf allen Ebenen Verhandlungen führen, um die Wasserqualität zu verbessern, die Verluste in den Wassernetzen deutlich zu verringern und eine rationelle Nutzung dieser Ressource zu fördern.

Der Zugang zum digitalen Netz für alle als Instrument zur Ausübung der Bürgerrechte und die Bekämpfung der Energiearmut sind Ziele, die unsere Organisation erreichen will, auch durch territoriale Verhandlungen, zusätzlich zu der Forderung nach zusätzlichen Mitteln, um zu verhindern, dass die Kosten für Dienstleistungen auf die Bürger abgewälzt werden.

## **2) Pläne und Instrumente für den richtigen digitalen und ökologischen Übergang**

Um der Komplexität und den sozialen Auswirkungen des ökologischen und digitalen Wandels gerecht zu werden, muss ein Nationaler Plan für gerechte Übergänge ausgearbeitet werden, der regulatorische, allgemeine politische, vertragliche, finanzielle, steuerliche und soziale Instrumente festlegt, um den Schutz von Arbeitsplätzen und die Kontinuität der Beschäftigung sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Rechte zu gewährleisten. Der Plan umfasst sechs Interventionsschwerpunkte

**Koordinierung und Steuerung** durch die Entwicklungsagentur und Koordinierung der großen öffentlichen Unternehmen. **Investitionen** mit der Überprüfung von Transfers an Unternehmen in Form von Anreizen und Steuererleichterungen nach Kriterien der Selektivität, Transparenz und Legalität, ökologischer Nachhaltigkeit, mit Boni/Konditionalität für Schutz, Qualifikation und Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine **Verordnung**, die über die reine Ausschreibungslogik hinausgeht und wichtige und gezielte Verwaltungsinnovationen einführt, die mit den Sozialpartnern geteilt werden, eine "besondere" Gesetzgebung für die grüne und digitale Umstellung und zur Bekämpfung von Dumpingprozessen sowie ein Klimagesetz auf der Grundlage der europäischen Gesetzgebung. **Steuer- und Finanzinstrumente** wie grüne und soziale Anleihen, die Erleichterung des Beitrags von Banken und Finanzinstituten sowie die Überarbeitung der Instrumente für Einheitspreise und steuerliche Anreize. **Wissen** durch die Stärkung von Forschung und Entwicklung und von Wegen im System der allgemeinen und beruflichen Bildung. **Arbeit und Sozialstaat** durch spezielle

Stoßdämpfer und Verhandlungen über eine bessere Verteilung der Arbeitszeit, nachhaltige Arbeitsnormen, neue Modelle der demokratischen Arbeitnehmerbeteiligung und gezielte Rentenmaßnahmen.

### **3) Die Rolle der Investitionen. Vollbeschäftigung. Wiedererschließung von Gebieten und Städten.**

#### **Plan für Vollbeschäftigung und gute Beschäftigung und die Rolle der Investitionen**

Vollbeschäftigung und gute Arbeitsplätze sind ein erreichbares konkretes Ziel, eine notwendige Ergänzung zu einem Wechsel des wirtschaftlichen Paradigmas, einer Umgestaltung des Entwicklungsmodells.

Das erste Instrument ist die Verstärkung der öffentlichen Investitionen und der gewöhnlichen Ausgaben (Hebelwirkung für private Investitionen), auch um die Entscheidungen der PNRR zu fördern und zu unterstützen und um die öffentlichen Anreize und Prämien der Einhaltung der von den repräsentativsten Organisationen des Sektors festgelegten nationalen Tarifverträge CCNL abhängig zu machen und der Schaffung stabiler und hochwertiger Arbeitsplätze unterzuordnen.

Das zweite Instrument ist ein Plan für Vollbeschäftigung und gute Arbeit, der ein außerordentliches Programm für Beschäftigungsbedingungen für den privaten Sektor erfordert, das mit öffentlichen Mitteln, Rechten, Schutz und Arbeitsplatzstabilität, der "Arbeitsplatzgarantie" und der Einführung eines "Garantie- und Kontinuitätseinkommens" beginnt, um die Umschulung und einen außerordentlichen öffentlichen Einstellungsplan zu fördern.

Auch Tarif- und Flächentarifverhandlungen können zu diesem Ziel beitragen, und zwar durch Vereinbarungen und Klauseln, die insbesondere die Beschäftigung von Jugendlichen und Frauen fördern.

#### **Wiedererschließung von Gebieten und Städten.**

In den Städten herrschen starke Widersprüche und soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten. Sie sind daher vorrangige Gebiete, in denen gearbeitet werden muss, um die großen Herausforderungen der Nachhaltigkeit zu bewältigen, den vorrangigen Bedarf an Wohnraum zu decken und für die städtische Wirtschaft und die strategischen Entwicklungsfaktoren von zentraler Bedeutung zu sein. Es ist wichtig, den Großstädten einen institutionellen Rahmen zu geben, der der Notwendigkeit entspricht, komplexe, dynamische und entscheidende Gebiete für die Herausforderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wandels unseres Landes zu verwalten.

Die vorrangigen Investitions- und Verhandlungsbereiche, auch im Hinblick auf die neuen Verordnungen zur Stadtplanung und -sanierung, müssen Folgendes betreffen:

- Förderung des Wohnungsbaus mit mehr öffentlichem und sozialem Wohnungsbau bei einem ausgeglichenen Flächenverbrauch;
- Sanierung von Gebäuden und heruntergekommenen Gebieten und Vorstädten, Förderung der Energieeffizienz und der Sicherheit;
- Aufwertung des öffentlichen Raums und Sanierung von Zivil- und Industriestandorten, um die betreffenden Gebiete in das Stadtgefüge zu integrieren;
- Neuorganisation und Rationalisierung des städtischen Infrastruktursystems;
- sinnvolle Abfallbewirtschaftung mit dem Ziel, das Recycling von Materialien zu fördern;
- Neugestaltung nach einem technologischen und intelligenten Produktionsschlüssel unter Berücksichtigung der Räume und Zeiten, in denen wir leben, im Hinblick auf Flexibilität.

Darüber hinaus ist die Stärkung und Investition in die kollektive Mobilität eine Voraussetzung für die Gewährleistung der ökologischen Nachhaltigkeit.

Für Städte und Gebiete sind Daten und die Beziehung zwischen ihnen und den Bürgern von zentraler Bedeutung. Die Gewerkschaft muss sich sowohl für die Neugestaltung von Orten einsetzen, die eine ausreichende Konnektivität benötigen, als auch für angemessene Cybersicherheitsprotokolle, die Effizienz von Diensten der Öffentlichen Verwaltung und Schulungen, um das Wissensniveau und das kritische Bewusstsein der Bürger zu erhöhen.

Es sollten Maßnahmen ins Auge gefasst werden, um die gemeinsame Nutzung privater und öffentlicher Daten zu erleichtern und den Gebietskörperschaften besondere Befugnisse zur Kontrolle und Verwaltung von Daten für Zwecke des öffentlichen Interesses einzuräumen. Digitale Netze sollten in jeder Hinsicht als strategische öffentliche Bauvorhaben betrachtet werden. Bei der Erteilung der Genehmigung zur Nutzung der Netze müssen territoriale Klauseln ausgehandelt werden, und es muss möglich sein, die Algorithmen auszuhandeln, von denen die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten abhängt (Mobilität, Zuweisung von Flächen, Personalausstattung öffentlicher Einrichtungen usw.). Der Aufbau von öffentlichen Plattformen für von Bürgern generierte Daten muss sich durchsetzen.

Neue physische Infrastrukturen, die den Güter- und Personenverkehr von der Straße auf die Schiene und das Wasser verlagern, sind von grundlegender Bedeutung für die Verbindung von Gebieten und Städten: In diesem Sinne muss neben der Beschleunigung strategischer Arbeiten und der Instandhaltung und Modernisierung bestehender Netze auch der Schließung der Infrastrukturlücke im Süden und der Entwicklung der so genannten "transversalen" (internen) Bereiche besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Anfälligkeit und Fragilität des Gebiets verstärken die Risikobedingungen und Sicherheitsprobleme, die durch die Auswirkungen des Klimawandels noch verschlimmert werden. Eine Notsituation, welche neben der Beschleunigung und Unterstützung des Wiederaufbaus von Gebieten, die von Erdbeben betroffen sind, auch Maßnahmen zur Eindämmung und Anpassung sowie zur Stärkung von Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen erfordert. Das Problem kann nur auf der Grundlage einer langfristigen Planung angegangen werden, aber die Erstellung von Prioritätenmatrizen ist möglich, wie von der CGIL im "Vorschlag für ein Rahmengesetz zur Verringerung der Auswirkungen von Naturkatastrophen, zur Qualität des Wiederaufbaus und zur Absicherung gegen Risiken" angegeben. Das Thema Vorbeugung im Zusammenhang mit der Sanierung der mehr als 16.000 kontaminierten Areale kann ein "nationales Projekt" darstellen, das mittelfristig Arbeitsplätze schafft und auch Prozesse zur Verringerung der Ungleichheit und zur sozialen Eingliederung im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung des Landes in Gang setzt.

#### **4) Öffentlichkeitsarbeit als grundlegender Hebel für nachhaltige Entwicklung.**

Die Krise, die wir durchgemacht haben, hat den strategischen Wert der öffentlichen Arbeit, aber vor allem den enormen Personalmangel in den strategischen Sektoren sowie die schlechte Planungs- und Gestaltungskapazität unseres Landes deutlich gemacht. Der öffentliche Dienst muss in der Lage sein, schnell auf Notfälle zu reagieren, er muss weiterhin allen Bürgern im ganzen Land die gleichen Grundrechte garantieren, und er muss das Spektrum der Schutzmaßnahmen erweitern, die in einer Gesellschaft mit veränderten Bedürfnissen erforderlich sind.

Diese Gründe zwingen uns, die strategische Funktion des Öffentlichen Dienstes wieder in den Mittelpunkt zu stellen, was in erster Linie bedeutet, dass die Idee, den Öffentlichen Dienst zu vernachlässigen, endgültig überwunden werden muss, indem die Rolle der Tarifverhandlungen aufgewertet wird und der Logik der Kontrolle und der Bewertung von Personen, die als Instrumente der Effizienz ausgegeben werden, entgegengetreten wird.

Um den öffentlichen Sektor zu einer Priorität zu machen, bedarf es in erster Linie eines außerordentlichen Beschäftigungsplans und des Kampfes gegen die Prekarität, der die Grundlage jeder Plattform sein muss, auch durch die Ablehnung jeglicher Formen der entgeltlosen Arbeit. Wir müssen durch die Schaffung von stabilen Arbeitsplätzen in allen strategischen Sektoren den Trend



des Beschäftigungsrückgangs umkehren, der das Ergebnis der Sparpolitik ist. Die Schaffung von befristeten Arbeitsplätzen im Rahmen des PNRR ist sicherlich keine Lösung für diese Situation. Aus diesem Grund muss der Zeitrahmen für die Einstellung neuer Arbeitnehmer verkürzt werden, um einen angemessenen Kompetenztransfer zwischen alten und neuen Arbeitnehmern zu begünstigen, und es ist notwendig, mit der Rücknahme aller Listen erfolgreicher Bewerber in öffentlichen Auswahlverfahren fortzufahren, die schrittweise Stabilisierung prekärer Arbeitnehmer und derjenigen, die für die PNRR-Projekte eingestellt wurden, sowie vereinfachte und schnelle Verfahren für die Einstellung neuer Mitarbeiter innerhalb der nächsten drei Jahre als außerordentliche Möglichkeit zur Sicherung von Dienstleistungen und öffentlichen Verwaltungen.

Es ist wichtig, die Dienstleistungen zu erneuern und sie an neue Bedürfnisse anzupassen, und zwar durch Partizipation und Einbeziehung sowie durch die Wiedererlangung einer Verhandlungsrolle bei der Arbeitsorganisation. Die Erneuerung der Tarifverträge und die Entwicklung dezentraler Tarifverhandlungen müssen mit der Umgestaltung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen und der Verbesserung der bestehenden Professionalität einhergehen. Es werden Mittel für Gehaltserhöhungen benötigt, um die derzeitigen Gehälter an das europäische Niveau anzugleichen.

Die Digitalisierung als Instrument für eine neue Arbeitsorganisation impliziert die Notwendigkeit, hierarchische und verfahrensorientierte Modelle zu überwinden, auch durch eine bessere Nutzung der agilen Arbeit, und in Professionalität, Erfahrung, neue Fähigkeiten und Ausbildung als subjektives Recht zu investieren.

**Die Herausforderung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen erfordert die Übernahme des Cloud-Paradigmas. Es muss verhindert werden, dass digitale Dienste der öffentlichen Hand auf Infrastrukturen außerhalb der öffentlichen Kontrolle angewiesen sind, und es ist notwendig, einen nationalen Prozess zur Schaffung von Cloud-Kompetenzen und -Fähigkeiten anzustoßen, um die digitale und technologische Souveränität wirklich zu gewährleisten. Gleichzeitig ist es notwendig, föderale europäische Lösungen, wie die des GaiaX-Projekts, ins Auge zu fassen.**

## **5) Steuersystem, Instrumente zur Bekämpfung des Inflationsanstiegs und schlechter Arbeit. Finanzen und Kredite**

Die Besteuerung ist das System zur Einnahme öffentlicher Mittel für öffentliche Maßnahmen, öffentliche Güter und Dienstleistungen, öffentliche Investitionen und Sozialstaat. Aus diesem Grund muss das Steuermodell umverteilend und progressiv sein. Nicht nur für die Arbeitseinkommen, sondern für alle. Und zwar nicht nur auf das Einkommen, sondern auch auf den Verbrauch, die Transaktionen, das Vermögen und die Erbschaften. Diese Grundsätze müssen die Grundlage jeder Steuerreform sein, wobei die Beseitigung von Verzerrungen mit der flat tax beginnen sollte. Wir unterstützen eine progressive Kurve für die IRPEF nach deutschem Vorbild und eine Verlagerung der Steuerlast von Einkommen auf große Vermögen, Konsum und Erbschaften.

Die Besteuerung hat auch die Funktion der Selektivität und Belohnung, der Lenkung der Wirtschaft und der Industriepolitik. Aus diesem Grund sollten nicht nur die öffentlichen Anreize überprüft und reduziert werden, sondern auch die Beschäftigung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Innovation zur Bedingung gemacht werden. Gleichzeitig müssen alle präventiven Instrumente zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung gestärkt werden, und zwar durch alle Instrumente, die die Rückverfolgbarkeit und Transparenz durch den Einsatz von Datenbanken und massiven Analysen fördern.

Wir fordern zusätzliche steuerliche Maßnahmen, um den Auswirkungen der steigenden Inflation entgegenzuwirken, angefangen bei den Steuerzahlern mit niedrigem Einkommen: Indexierung der

Abzüge und allgemein Instrumente gegen die Steuerbelastung und Stärkung der Abgaben. Sie muss von prädistributiven Eingriffen in Arbeitsverträge, Preisbildung und Produktivitätsverteilung begleitet werden.

Auf der finanzpolitischen Seite müssen grüne und soziale Anleihen eingeführt werden, um private Investitionen und Ersparnisse für die Realwirtschaft zu stimulieren.

Darüber hinaus muss das Finanz-, Kredit- und Versicherungssystem auch zur Entwicklung des Landes beitragen, indem es die Realwirtschaft unterstützt: durch eine stärkere Präsenz, beginnend im Süden und im Landesinneren, durch die Wiederbelebung der traditionellen Banktätigkeiten und deren Trennung von den ausschließlich kommerziellen/finanziellen Tätigkeiten, durch eine verstärkte Bekämpfung von Illegalität, Wucher, Geldwäsche und Steuerhinterziehung und durch einen Beitrag zum Abbau von Ungleichheiten durch eine Überarbeitung der Regeln für den Zugang zu Krediten. Das Finanzsystem hat die Aufgabe, seiner Rolle als primärer Wachstumsfaktor gerecht zu werden, einen gerechteren Mechanismus für die Zuteilung von Finanzmitteln zu gewährleisten und ein Wachstum zu fördern, das auf ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit beruht. Dies gilt auch für die Verwendung der PNRR-Mittel im Hinblick auf den Zugang zu Krediten für kleine und mittlere Unternehmen, die Unterstützung neuer Aktivitäten im Süden, für produktive Umstellungsprojekte im Norden mit geringen Umweltauswirkungen und für Projekte in der Verantwortung lokaler Regierungen. Wie andere Sektoren auch, hat der Finanzsektor daher eine grundlegende Aufgabe vor sich: das Potenzial des PNRR in konkreten Projekten der Erneuerung, Modernisierung und Digitalisierung für den Neustart unseres Landes zu nutzen.

## **NEUER SOZIALSTAAT FÜR ZUSAMMENHALT, EINGLIEDERUNG UND VOLLBESCHÄFTIGUNG UND ÖFFENTLICHE NETZWERKE DER BÜRGERSCHAFT**

### **1) Auf soziale und territoriale Ungleichheiten reagieren**

#### **Mezzogiorno und Binnenland**

Die Entwicklung des Südens und der inneren Gebiete des Landes muss als strategisches und übergreifendes Ziel in Angriff genommen werden, ausgehend von den verschiedenen Finanzierungen in diesem Bereich und mit einer starken Rolle für kollektive und territoriale Verhandlungen. Auf der Grundlage des Konzepts der Nachbarschaftshilfe und der institutionellen und sozialen Bündelung muss eine echte nationale Politik für den Süden und das Landesinnere entwickelt werden. Der Erfolg einer Strategie wird an ihrer Fähigkeit gemessen, auf das Leben der Menschen einzugehen, angefangen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. In dieser Richtung ist eine entscheidende Stärkung der territorialen Verwaltungen erforderlich, deren strukturelle Schwäche, vor allem im Süden Italiens, eine Tatsache ist, die unter anderem durch die Schwierigkeiten bei der Effizienz der Ausgaben und ihrer Qualität in Bezug auf die bei der Verwendung der europäischen Mittel erzielten Ergebnisse bestätigt wird. Um die administrativen Rahmenbedingungen in den am stärksten gefährdeten Gebieten wesentlich zu verändern, sind Investitionen erforderlich, um die Akteure in den Gebieten zu stärken, beginnend mit den öffentlichen Einstellungen, die notwendig sind, um sowohl die Verwaltungskapazitäten zu schaffen als auch die Investitionen des PNRR wirksam und rentabel zu machen.

#### **Chancengleichheit und Rechte für Geschlechter- und Generationengerechtigkeit**

Unsere Organisation muss in ihrer Vertragspraxis und ihren Mobilisierungsinitiativen Antworten einfordern, um Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten. Der erste Punkt der Plattform für Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit ist die Arbeit, und zwar durch einen

außerordentlichen Plan für öffentliche und private Beschäftigung sowie gleiche Bezahlung und Rechte. Das zweite Thema ist der Zugang zu Wohnraum mit einer Wohnungspolitik, die auf die jüngeren Generationen ausgerichtet ist, und zur Ausbildung mit der Möglichkeit des Zugangs durch garantiertes Mindesteinkommen und Kontinuität in Bildung und Ausbildung. Schließlich ist es notwendig, die wirtschaftliche und soziale Teilhabe durch den Ausbau von Kinderbetreuungsdiensten und kostenlosen Kinderkrippen zu unterstützen, um die Selbstversorgung zu sichern, den Grundsatz der gemeinsamen Betreuung zu bekräftigen und Anreize für die Teilnahme am kulturellen Leben zu schaffen.

### **Bekämpfung von Armut und sozialer Not: Verbesserung/Aufwertung des Bürgereinkommens und anderen Instrumenten. Universalität.**

Armut ist keine Schuld, und es ist die Aufgabe des neuen Sozialstaates, Ungleichheiten zu beseitigen und die sozialen Schwachstellen zu überwinden. Wir brauchen eine universelle Maßnahme zur Armutsbekämpfung, die die wirtschaftliche Unterstützung mit der Aktivierung aller notwendigen Interventionen und Dienstleistungen zur Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung derjenigen, die sie in Anspruch nehmen, einhergeht, ausgehend von einer mehrdimensionalen Bedarfsanalyse. Das Bürgerseinkommen (reddito di cittadinanza) kann und muss diese Maßnahme sein, aber es ist notwendig, Korrekturen vorzunehmen, um die Äquivalenzskala zu ändern, damit kinderreiche Familien und Familien mit Minderjährigen nicht benachteiligt werden; die Wohnsitzauflage, die Ausländer diskriminiert, auf zwei Jahre zu reduzieren; die vorläufige Bewertung der Bedürfnisse der Begünstigten wieder einzuführen, die von einer Stärkung der Sozialdienste der lokalen Behörden mit allen erforderlichen Fachkräften begleitet werden muss; kollektive Versorgungsprojekte (PUC) fakultativ zu machen; strafende Bedingungen abzuschaffen. Wir beobachten eine deutliche Zunahme von Notlagen und Fragilität in alten und neuen Bevölkerungsgruppen. Um die soziale Widerstandsfähigkeit des Landes insgesamt zu gewährleisten, ist es unerlässlich, die Rolle der sozialen Dienste und des Netzes der lokalen Autonomien, die eine unverzichtbaren Bezugspunkt in unmittelbarer Nähe darstellen, zu stärken und zu sichern.

### **Migranten**

Ausgehend von den europäischen Entscheidungen ist es notwendig, die Einwanderungspolitik zu überdenken, die Dublin-Abkommen zu überarbeiten, die Freizügigkeit zu gewährleisten und die Werte der Aufnahme, der Solidarität und der Gleichheit in den Mittelpunkt der Entscheidungen zu stellen. In unserem Land müssen wir den strukturellen Charakter der Migration anerkennen und auf eine vollständige Integration hinarbeiten, indem wir den in Italien Geborenen die Staatsbürgerschaft zuerkennen und den Nicht-EU-Ausländern das Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen garantieren. Außerdem muss der Streit um die Abschaffung diskriminierender Vorschriften, beginnend mit dem Bossi/Fini-Gesetz und der Sicherheitsgesetzgebung, beginnend mit den „Sicherheitsdekreten“, wiederaufgenommen werden. Wir müssen auch die Art der Einreise in unser Land ändern, um die derzeitigen strikten Regeln und Beschränkungen zu überwinden.

## **2) Organisches und universelles System für den Schutz und die Pflege der Personen. Neue universelle Wohlfahrtssysteme und öffentliche Netze der Staatsbürgerschaft und Solidarität.**

### **Beanspruchbarkeit des öffentlichen und universellen Systems**

Der Wert eines starken, solidarischen und integrativen Sozialstaates, der Rechte und Schutz garantiert und die Rolle des öffentlichen Systems bei der Bereitstellung universeller Antworten auf die Bedürfnisse der Menschen wieder in den Mittelpunkt rückt, muss eingefordert, verhandelt und wiederbelebt werden.

Eine integrative Gesellschaft, die auf der uneingeschränkten Anerkennung der Grundrechte beruht, darf die Bürgerrechte und die Achtung der Grundsätze des Laizismus und der Selbstbestimmung nicht außer Acht lassen: Die Rechte von LGBTQI+-Personen und -Familien müssen anerkannt und LGTB-Phobie bekämpft werden.

Der uneingeschränkte und allgemeine Zugang zu den Sozial- und Gesundheitsdiensten, zum System der allgemeinen und beruflichen Bildung während des gesamten Lebens und zu den sozialen Grundrechten kann keine Variable sein, die von der Region abhängt, in der man lebt, oder von der wirtschaftlichen Lage des Einzelnen, und kann nicht Gegenstand einer territorialen Differenzierung sein, wie es bei einer differenzierten Autonomie der Fall wäre. Das Gleichgewicht zwischen Einheit und Dezentralisierung muss sich am Grundsatz der Solidarität und des Ausgleichs orientieren und darf nicht die Durchsetzbarkeit eines Rechts und die Zugänglichkeit einer Dienstleistung bestimmen, die die Republik durch eine loyale Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen institutionellen Ebenen in jedem Gebiet einheitlich zu gewährleisten hat.

Es ist notwendig, die Grundprinzipien, an denen sich die öffentliche Politik orientieren muss, und die wesentlichen Leistungsstandards (LEP), die überall durchsetzbar sein und durch die allgemeine Besteuerung auf der Grundlage des zu deckenden Bedarfs und nicht der historischen Ausgaben angemessen finanziert werden müssen, regulativ zu definieren.

Ein Wohlfahrtssystem, das die Lasten der Pflege auf die privaten Ausgaben der Familien abwälzt, ist nicht mehr tragbar, ebenso wenig wie ein Modell, das hauptsächlich auf Geldtransfers statt auf Interventionen und Leistungen setzt. Es ist notwendig, die wesentlichen Funktionen des Schutzes und der Sicherung in den öffentlichen Bereich zurückzuholen und die Kette der Rechte der Menschen neu zu gestalten, indem die Prozesse der Auslagerung und Privatisierung überwunden werden.

Die Rückkehr zu Investitionen in das öffentliche Sozialschutzsystem und die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Sozial- und Gesundheitspolitik, auch im Hinblick auf die Rolle des Dritten Sektors und der gemeinnützigen Organisationen, beginnend mit der Planung von Interventionen, deren Maßnahmen niemals substituierend sein können, sind eine Priorität.

### **Gesundheitswesen**

Es ist notwendig, einen nationalen Einsatz für den Schutz, die Stärkung und die Entwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens wiederzubeleben und zu verstärken, um das allgemeine Recht auf Gesundheit zu garantieren.

Wir halten es für vorrangig, in der Phase der Umstrukturierung und Wiederbelebung des nationalen Gesundheitsdienstes in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht hohe Investitionen zu tätigen, die auch außerordentlichen Charakter haben können und über dem europäischen Durchschnitt im Verhältnis zum BIP liegen, um die Stärkung der Prävention, der Krankenhausdienste und der territorialen Dienste sowie die Durchsetzbarkeit der wesentlichen Betreuungsstandards (Livelli Essenziali di Assistenza - LEA) auf einheitliche Weise im ganzen Land zu gewährleisten und die Mittel des nationalen Gesundheitsfonds zu erhöhen, auch durch Konsolidierung und Verstärkung des während der Pandemie verzeichneten Aufwärtstrends, um den Gesundheitsbedarf zu decken und die vom PNRR bereitgestellten Mittel strukturell zu gestalten. Es ist notwendig, dass alle Mittel, die von den Regionen zur Bekämpfung der Pandemie und zur Organisation von Rinderimpfungen aufgewendet werden, vom Staat übernommen werden, um das Haushaltsdefizit der meisten

italienischen Regionen und das damit verbundene Risiko einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitsschutzes für die Bürger sowie die Privatisierung von Dienstleistungen oder Leistungen zu vermeiden.

Außerdem muss ein mehrjähriger Einstellungsplan festgelegt werden, der über die Stabilisierung und den turnover hinausgeht und in die Ausbildung investiert, wobei die Obergrenze für die Personalausgaben und die geschlossene Zahl für den Zugang zu den Hochschulstudiengängen für Gesundheitsberufe und zu den Fachschulen für Ärzte endgültig überwunden werden muss, um die Stabilität der Beschäftigung und mehr Mittel für die Gesundheitsforschung zu gewährleisten.

Es ist notwendig, die Phänomene der passiven Mobilität und der Wartezeiten zu bekämpfen, indem die Ausstattung und das Personal gestärkt werden, das Exklusivitätsverhältnis zwischen den Ärzten gestärkt wird, die Art und Weise der Leistungserbringung auf freiberuflicher Basis überprüft wird und Unangemessenheiten und Unwirtschaftlichkeit überwunden werden. Notwendig sind Investitionen in die Prävention, in die Initiativmedizin und in ein kapillares Netz von territorialen Gesundheits- und Sozialdiensten im Hinblick auf eine starke Integration, wobei auch ein Plan zur Einstellung von Allgemeinmedizinern und ambulanten Fachärzten vorgesehen ist, die direkt von der SSR angestellt werden. Es ist notwendig, die Auslagerungs- und Privatisierungsprozesse in den verschiedenen Formen, in denen sie stattgefunden haben, zu stoppen und das Akkreditierungssystem zu reformieren, auch um Vertragsdumping zu bekämpfen.

Territoriale Strukturen wie Gemeinschaftsheimen und Gemeinschaftskrankenhäuser müssen unter öffentlicher Verwaltung eingerichtet werden, wobei zu gewährleisten ist, dass sie mit dem erforderlichen Personal voll funktionsfähig sind und eine neue, auch strategische Zentralität der Bezirke sichergestellt wird; außerdem muss das öffentliche Heimpflegesystem gewährleistet werden, und die stationären Aktivitäten müssen durch eine Neugewichtung des Verhältnisses zwischen öffentlichem und privatem Sektor reformiert werden, wie auch im Bereich der Rehabilitation.

Es ist notwendig, die Telemedizin und die Fernbetreuung zu entwickeln, um die sozial-gesundheitlichen Bedürfnisse eines großen Teils der Bevölkerung zu befriedigen, die sich nicht selbst versorgen kann, die behindert ist, an psychischen Störungen leidet, chronisch krank ist oder Suchtprobleme hat, und um der Schwächung des Systems der Beratungsstellen entgegenzuwirken, indem ihre Kapazität gestärkt und die vollständige Anwendung des Gesetzes 194/1978 und der geschlechtsspezifischen Gesundheit gewährleistet wird.

Wir halten es auch für dringend erforderlich, das Gesetz zur Pflegebedürftigkeit zu definieren, wobei die Maßnahmen durch die allgemeine Besteuerung zu tragen sind, und eine Politik des aktiven Alterns zu fördern ist.

### **System der allgemeinen und beruflichen Bildung**

Wissen, das von den ersten Lebensmonaten an in höchstem Maße verbreitet wird, ist das wirksamste Mittel zur Emanzipation des Einzelnen und zur Entwicklung der sozialen Beziehungen. Daher müssen die öffentlichen Investitionen in die Bildung erhöht werden, indem das derzeitige Niveau von mindestens 1% des BIP für Schulen, Universitäten, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen angehoben wird, um unser Land an den europäischen Ausgabendurchschnitt heranzuführen.

Das soziale Recht auf Bildung muss landesweit einheitlich gewährleistet sein.

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass:

- das wesentliche Niveau der Dienstleistungen zu bestimmen;
- die Kinderhorte kostenlos und die Kindergärten zur Pflicht machen;
- Ausweitung des Ganztagsunterrichts in den Primarschulen und der verlängerten Schulzeit in den Sekundarschulen;
- Anhebung der Schulpflicht auf 18 Jahre und Abschaffung der versuchsweise eingeführten vierjährigen Sekundarschulausbildung;
- prekäres Personal zu stabilisieren;
- Klassen mit nicht mehr als 20 Schülern und Schulen mit nicht mehr als 900 Schülern einzurichten;

- Stärkung der Schulautonomie, die es zu bewahren und auszubauen gilt;
- Gewährleistung der Entwicklung des nationalen Universitätssystems im ganzen Land durch Überwindung der derzeitigen Wettbewerbslogik zwischen den Universitäten und Unterstützung des freien Zugangs zur Hochschulbildung und des Rechts auf Studium, auch durch drastische Senkung der Studiengebühren;
- die Entwicklung des öffentlichen Forschungssystems zu gewährleisten, indem alle Einrichtungen und Institute des Sektors in dessen Rahmen einbezogen werden und insbesondere die direkte staatliche Intervention in der Grundlagen- und angewandten Forschung verstärkt wird.

### **3) Rentensystem und Rentenreform**

Eine strukturelle Reform des Rentensystems ist notwendig, um seine ungerechten Aspekte zu beseitigen, das zu den restriktivsten in Europa gehören, und zwar im Einklang mit den Forderungen der einheitlichen Plattform.

Es ist notwendig, den Zugang zur Rente zu flexibilisieren, und zwar ab dem Alter von 62 Jahren oder mit 41 Beitragsjahren unabhängig vom Alter, wobei für die schwächsten Bevölkerungsgruppen strukturell günstigere Bedingungen gewährleistet werden müssen, Anerkennung der unterschiedlichen Belastung durch die Arbeit und Erweiterung des Spektrums der Schwerarbeit und der Nacharbeit.

Es ist notwendig, die Arbeit der Frauen, die die Hauptlast der Fornero-Reform zu tragen hatte, und generell die unbezahlte Pflegearbeit aufzuwerten und jungen Menschen und denjenigen, die prekäre und/oder diskontinuierliche Arbeit mit niedrigen Löhnen verrichten, eine garantierte beitragsabhängige Rente zu garantieren, wobei alle schützenswerten Zeiten, wie Zeiten der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit aktiven Maßnahmen, Ausbildung, Praktika, Studium und Pflegearbeit, optimal genutzt werden müssen, indem Anreize für die Beitragszahlungen und das öffentliche System geschaffen werden und die Nachhaltigkeit unseres umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems gewährleistet wird.

Außerdem müssen die Zwänge des Beitragssystems beseitigt werden, die den Anspruch auf eine Rente vom Erreichen bestimmter Mindestrentenbeträge abhängig machen und arme, unregelmäßig arbeitende Menschen, niedrige und mittlere Einkommen und vor allem Frauen benachteiligen, und es muss der derzeitige automatische Mechanismus zur Anpassung der Rentenbedingungen an die Lebenserwartung geändert und die Kaufkraft der bestehenden Renten durch den automatischen Ausgleich und die vierzehnte Rentenauszahlung gestärkt werden, indem der Personenkreis erweitert und die Maßnahme erhöht wird.

Schließlich ist es notwendig, den Beitritt zu den Zusatzrentenversicherungen neu zu beleben und sie auch für Beschäftigte in kleinen Unternehmen und für junge Menschen tatsächlich zugänglich zu machen, indem eine neue sechsmonatige Frist für die stille Zustimmung und den Beitritt in Kenntnis der Sachlage eingeführt wird, die Steuer auf die Renditen gesenkt wird und Investitionen in die Realwirtschaft des Landes durch tarifliche Rentenfonds stärker gefördert werden.

Maurizio Landini  
 Daniela Barbaresi  
 Christian Ferrari  
 Gianna Fracassi  
 Luigi Giove  
 Giuseppa Massafra  
 Emilio Miceli  
 Francesca Re David  
 Tania Scacchetti